

Wir stehen in der Verantwortung

Eine Handreichung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs
zu Demokratie und Rechtsextremismus

Geleitwort	5
Biblische Meditation zu Jeremia 29,4-12	
Suchet der Stadt Bestes oder Vom Zusammenleben der Menschen	6
Informieren	10
Vom Wesen der Demokratie	10
Die Entstehung einer Herausforderung - Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern	13
Die Demokratie auf dem Prüfstand	18
Rechtsextremismus - eine Meinung wie jede andere?	23
Motivieren	26
Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein! - Warum sich Christen in unserem Land für eine demokratische Kultur einsetzen	26
Der rechtsstaatliche Schutz der „Fremdlinge“	28
Die bleibende Erwählung der Jüdinnen und Juden	31
Übernahme kirchlicher Ämter - Umgang mit rechtsradikalem Gedankengut im Zusammenhang mit der KGR-Wahl	37
Handeln	38
Wir stehen in der Verantwortung - als Einzelne und als Landeskirche	38
Klarheit im Reden und Handeln der Kirche	39
Selbstvergewisserung und allgemeines öffentliches Wirken der Kirche	40
Die Kirche als Verantwortliche für Einrichtungen und Gebäude	42
Das Handeln der Christen als Akteure der Bürgergesellschaft	43

Brief der Bischöfe	46
Praxisbausteine	48
Der/die ideale Gemeindevertreter/in	48
Zum Stuttgarter Schuldbekenntnis	48
Praxisbaustein zur Demokratiebildung	51
Serviceteil	54
Beratung und Unterstützung zum Thema Rechtsextremismus	54
Spezifische Beratung und Unterstützung	55
Fördermöglichkeiten	60
Internet-Adressen	62
Literatur	62
Fortbildung	63
Autorenverzeichnis	64
Impressum	64



» Den Kirchen des Landes kommt bei der Vermittlung von Werten und der Ausprägung von Toleranz eine besondere Bedeutung zu. Das christliche Menschenbild gibt eine Wertorientierung, in der der Mitmensch als gleichwertig und gleichrangig erkannt wird. [...] Dieses Menschenbild ist auch Grundlage des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates und ist daher umfassend zu vermitteln. «

Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“
in: Landtagsnachrichten
Mecklenburg-Vorpommern,
Sonderheft 1 vom 11.06.2006

» Staatliche sowie zivilgesellschaftliche Einrichtungen, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und alle Einwohnerinnen und Einwohner unseres Bundeslandes müssen in ihren jeweiligen Wirkungsbereichen Verantwortung für die Entwicklung und Stärkung der Demokratie und der Bekämpfung von Rechtsextremismus übernehmen. Dieser Herausforderung müssen wir uns alle gemeinsam stellen. «

Ministerpräsident Erwin Söllering:
Eine stabile Demokratie braucht
eine starke Zivilgesellschaft.
in: Mathias Brodkorb und Volker
Schlotmann: Provokation als
Prinzip. 2008. Seite 212



Liebe Geschwister und Freunde,

als Christen mischen wir uns in Politik und Gesellschaft ein, um gemeinsam mit anderen unsere Grundwerte zu verteidigen. Zu den Grundwerten gehört die Überzeugung, dass jeder Mensch unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht, Alter, gesundheitlicher Konstitution ein Geschöpf und Ebenbild Gottes ist. Hier liegt der Dreh- und Angelpunkt für das christliche Menschenbild, das in aller Munde ist. Wollten wir dem theologisch nachgehen, so hieße das, sich in das Zeugnis der Bibel zu vertiefen, vom Schöpfungsbekenntnis am Anfang bis hin zum Evangelium von Jesus Christus. Es hieße, sich in Jesus Christus zu vertiefen, denn er ist Gottes Ebenbild und zugleich Bild des Menschen schlechthin. Es hieße, selber Versöhnung erfahren, um in versöhnter Verschiedenheit miteinander leben zu können. Zu den Grundwerten gehört darum auch die gelebte Praxis, in der Menschen bestrebt sind, die Würde anderer zu respektieren, schlicht zivilisiert miteinander umzugehen.

Für Rechtsextremisten scheinen solche elementaren Werte und Haltungen nicht zu gelten. Sie entwürdigen, entwerten, diffamieren; sie schüren Hass, zerstören fremdes Eigentum und vergreifen sich an Menschen. Es darf nicht sein, dass Menschen in diesem Land Angst um ihre Existenz und um ihr Leben haben müssen.

Liebe Geschwister und Freunde, ich bitte Sie, den Bedrohungen und den Angriffen auch dadurch entgegenzutreten, dass Sie den Extremisten keine Stimme geben. In unseren Gemeinden leben wir Gemeinschaft und zeigen, dass sich Menschen in ihrer Verschiedenheit bereichern.

Nutzen Sie gern die Anregungen dieser Handreichung für Ihre Gespräche in den Gruppen. Regen Sie Begegnung und Austausch an. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement. Mein Dank gilt auch den Verfasserinnen und Verfassern der Beiträge dieser Handreichung und den Mitgliedern des Arbeitskreises „Demokratie lernen“ unserer Landeskirche.

Jürgen Danielowski

Dr. Jürgen Danielowski
Oberkirchenrat

Suchet der Stadt Bestes oder Vom Zusammenleben der Menschen

von Klaus-Dieter Kaiser

I

Keiner lebt für sich allein. Aber mit anderen Menschen zusammen zu leben, das braucht Geduld, das braucht Regeln, das braucht Offenheit und das braucht Zuversicht. Denn wir leben als Verschiedene zusammen. Wir haben unterschiedliche Ansichten, kommen aus unterschiedlichen Kulturen, streben unterschiedliche Ziele an. So brauchen wir Augenmaß und wechselseitigen Respekt, um nicht im Missverstehen und im Hass unterzugehen. „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“, lautet die rhetorische Frage des Menschen Kain, nachdem er seinen Bruder Abel ermordet hatte. Ja! ist die eindeutige Antwort Gottes.

Der realistische Blick der großen biblischen Erzählungen über das Wesen des Menschen und die Anforderungen an das Zusammenleben öffnet uns die Augen: Wir teilen nur allzu gern Menschen ein und sehen zuerst nur nach unserem eigenen Vorteil. Um unsere Interessen durchzusetzen, sind wir bereit, dem anderen das Recht auf ein Leben in Würde abzusprechen. Wenn es ums Eigene geht, dann gehen Menschen auch über Leichen. Solchem Bewerten von Menschen setzt Gott eine klare Grenze. Wir sind unterschiedlich, der eine ist Ackerbauer und der andere hütet die Herde, aber beide haben das gleiche Recht zu Leben. Und: Wir sind aufeinander angewiesen, sind uns wechselseitig als Hüter bestellt - von allem Anfang an. Das ist nicht einfach - zu verschieden sind wir. Aber es führt kein Weg daran vorbei.

II

Von einem solchen langen Atem auf dem Weg zu Freiheit, zu Frieden und zu Gerechtigkeit im Miteinander der Verschiedenen weiß auch der Prophet Jeremia zu berichten.

So spricht der HERR Zebaoth, der Gott Israels, zu den Weggeführten, die ich von Jerusalem nach Babel habe wegführen lassen: Baut Häuser und wohnt darin; pflanzt Gärten und esst ihre Früchte; nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen und gebt eure Töchter Männern, dass sie Söhne und Töchter gebären; mehrt euch dort, dass ihr nicht weniger werdet. Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.

Denn so spricht der HERR Zebaoth, der Gott Israels: Lasst euch durch die Propheten, die bei euch sind, und durch die Wahrsager nicht betrügen, und hört nicht auf die Träume, die sie träumen! Denn sie weissagen euch Lüge in meinem Namen. Ich habe sie nicht gesandt, spricht der HERR.

Denn so spricht der HERR: Wenn für Babel siebenzig Jahre voll sind, so will ich euch heimsuchen und will mein gnädiges Wort an euch erfüllen, dass ich euch wieder an diesen Ort bringe.

Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe Zukunft und Hoffnung. Und ihr werdet mich anrufen und hingehen und mich bitten und ich will euch erhören.
(Jer 29,4-12)

Israel war als Staatenbund zerbrochen, das politische Regelwerk war nicht mehr in Geltung. Israel war in den Kriegen mit den Nachbarn unterlegen. Ein auf und ab von Krieg und Frieden prägte das Leben der Menschen. Angst und Unsicherheit bestimmte ihren Alltag. Zeiten der Deportation wechselten mit Zeiten des status

quo, eines kalten, eines unfreien Friedens. Zwietracht und Furcht waren der tägliche Lebensbegleiter. Statt Hoffnung vernebelte ein illusionärer Blick in eine vermeintlich heile Vergangenheit die Klarheit.

In dieser Situation der Heimatlosigkeit hinein warnt Jeremia von Jerusalem aus die Menschen in der babylonischen Gefangenschaft vor den falschen Propheten, die den schnellen Sieg über die Feinde versprechen. Jeremia mahnt die Seinen, die nach Babel deportierte Oberschicht seines Volkes, sich nicht trügerischen Illusionen hinzugeben. Denn wer allein auf die eigene Stärke oder die Macht scheinbar mächtiger Verbündeter setzt, der wird sein Leben verlieren.

III

Sein Schreiben ist ein Appell gegen den Realitätsverlust. Statt sich aus der schwierigen Situation weg zu träumen gilt es, die Realität aktiv zu gestalten. Dabei sagt Jeremia in seinem Aufruf zugleich wesentliches über das Leben des Menschen; vor allem das Zusammenleben der Menschen, auch hier und heute.

So wird im Prophetenwort erstens deutlich, dass wir uns nicht eine eigene schöne und harmonische Welt zurechtbauen oder erträumen können. Wir leben, ob wir es wollen oder nicht, in einer zerrissenen Welt. Wir werden hineingeboren in eine Gesellschaft voller Spannungen. Wir können uns die Menschen nicht aussuchen, mit denen wir zusammen in einem Dorf oder in einem Stadtteil leben. Wir sind darauf angewiesen, mit Menschen, deren Kultur und Überzeugungen wir oftmals nicht teilen, ein friedliches Zusammenleben aktiv zu gestalten. Um unseretwillen. Um der Mitmenschen willen. Um

des Zusammenlebens willen. Ein sich zurück-ziehen auf eine Insel der Seligen ist ebensowenig möglich, wie nur mit Gleichgesinnten zusammen zu leben. Wir sind herausgefordert, in der Welt unser Leben auch unter schwierigen Bedingungen im Miteinander zu bewähren.

Suchet der Stadt Bestes heißt hier: Mitten in der Fremde können und sollen wir heimisch werden. Im Fremden können und sollen wir die Schwester und den Bruder entdecken.

Zweitens heißt das, wir müssen Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, in welchem wir leben. Kein Ort auf der Welt ist so fremd und so abgeschieden, dass er nicht unser aktives Tun bräuchte und so zu einem Ort des Lebens würde. Sich aktiv einzumischen, erträgliche Lebensumstände zu schaffen, ist unsere Aufgabe.

Suchet der Stadt Bestes heißt hier: Auf uns kommt es an. Im Gestalten der Dörfer und Städte, im Hegen und Pflegen der uns anvertrauten Schöpfung werden wir Gottes Auftrag gerecht und schaffen zugleich Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Drittens macht die Aufforderung des Propheten Jeremias deutlich: Alle Menschen besitzen die gleiche unaufgebbare Würde. Alle ethnischen Schranken zwischen den Menschen, alle ethischen Urteile über das Verhalten von Menschen, alle religiösen Vorurteile über Menschen werden angesichts der göttlichen Ebenbildlichkeit des Menschen zweitrangig. Kollektive Zuordnungen der Menschen verlieren ihre Spaltungskraft. Gerade Menschen, die zu dem Volk gehören, welches die Menschen aus

Israel deportiert haben, sollen nun für die eigenen Kinder zu Ehegatten genommen werden. Kulturelle Gräben und politische Barrieren werden so überwunden.

Suchet der Stadt Bestes heißt hier: Gottes Liebe und Fürsorge gilt allen Menschen, unabhängig von der Hautfarbe, der Herkunft, der gesellschaftlichen Stellung. Und ein Gleiches soll auch unser Zusammenleben mit anderen Menschen prägen.

Viertens ist das Prophetenwort eine deutliche Warnung vor Populisten, die für eigenes Versagen immer die Schuld bei den Anderen, den Fremden suchen. Statt dessen gilt es, sich den Realitäten zu stellen und so nach der eigenen Verantwortung zu suchen und die eigene Schuld zu benennen. Wer die eigene Geschichte vergisst, nur auf den Augenblick bezogen lebt, der verliert sehr schnell die Orientierung. Wer sein Gedächtnis verliert, der ist den Einflüsterungen der falschen Propheten, die es auch heute noch zur Genüge gibt, heillos ausgeliefert. Den Rattenfängern, die die Greuelthaten der Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus leugnen und von einem neuen Großdeutschland träumen, gilt es ebenso zu wehren, wie den Geschichtsfälschern, die das menschenverachtende sozialistische Experiment nachträglich schönreden.

Suchet der Stadt Bestes heißt hier: Die Wahrheit über die eigene Geschichte ist uns Menschen zumutbar. Nur im klaren Blick auf das eigene Versagen werden wir heute und morgen ein friedliches und gerechtes Zusammenleben gestalten können. Nächstenliebe verlangt Klarheit bei uns und auch den Anderen gegenüber.

Das dies alles gelingen kann, das wir die Kraft dazu finden, hängt fünftens an der Treue Gottes, die uns auch in schwieriger Zeit trägt. Jeremia ermahnt uns zu Geduld und zu Langmut. Allein auf Gottes Treue sollen wir uns verlassen und nicht auf selbsternannte Heilsbringer. Der Gott Israels, der Gott ihrer Väter, der Gott Abrahams und Jakobs, er wird sein Volk nicht vergessen. Das ist die zentrale Botschaft von Jeremia. Unser Gott, der Vater Jesu Christi, er wird auch uns nicht vergessen. Egal wie groß die Not ist, egal wie stark wir durch erfahrenes Leid verunsichert sind, auf seine Treue können und dürfen wir uns verlassen.

So können wir den großen Anspruch *Suchet der Stadt Bestes* in der Welt wirklich umsetzen. Gott ist es, der hier eine Beziehung stiftet, an der alten und vertrauten Bindung über alle Grenzen und alles Leid hinweg festhält. Gott allein ist es, der Zukunft und Hoffnung in einer schier ausgewogenen Gegenwart garantiert.

Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe Zukunft und Hoffnung.

Leben wir aus dieser Verheißung. Gestalten wir das Gemeinwesen, in welchem wir leben. Mischen wir uns ein. Widersprechen wir, wenn Menschen andere Menschen in lebenswerte und lebensunwerte einteilen, wenn Ideologien Menschen zu Zwecken entheiligen. Denn auf uns kommt es an. Der lebendige Gott, in dessen Namen der Prophet Jeremia spricht, schenkt uns die Kraft dazu.

» Extremistischen Ideologien wird wirksam begegnet, wo die Identifikation der Bevölkerung mit dem demokratischen Gemeinwesen gefördert wird. Um demokratiefeindlichen Positionen den Nährboden zu entziehen, muss demokratische Kultur eine erlebbare und konkrete Alltagspraxis möglichst vieler Menschen werden. Eine Kultur zu entwickeln, die Andersdenkende akzeptiert, Fremde integriert, konstruktiven Meinungsstreit befördert und vielfältige Lebensweisen ermöglicht, ist eine bleibende gesellschaftliche Aufgabe in unserem Bundesland. Auf der Grundlage der Menschenrechte braucht eine solche Kultur des Miteinanders selbstbewusst handelnde Akteure, tragfähige und verlässliche Strukturen sowie eine klare Werteorientierung an der Würde, die jedem Menschen zukommt. «

Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Mecklenburgs und
Pommersche Evangelische Kirche,
Beschlüsse der beiden Synoden
vom Frühjahr 2006



Vom Wesen der Demokratie

von Gudrun Heinrich

1 Pluralismus

Fragen Sie nach einer Definition von „Demokratie“, so wird es immer wieder heißen: „Demokratie ist die Herrschaft des Volkes“. Ja - aber reicht uns das? Wie herrscht das Volk und über wen? „Wir dürfen doch wählen gehen, also herrscht hier Demokratie!“ Ja - aber gab es in der DDR nicht auch Wahlen? ...

Wir sprechen davon, Demokratie fördern und beleben zu wollen, um rechtsextreme Tendenzen und Bestrebungen einzudämmen. Wenn Demokratie das Gegenbild zu Rechtsextremismus ist, kann sie sich nicht auf die Frage der Herrschaftsform beschränken.

Gerhard Himmelmann, Politikwissenschaftler aus Braunschweig, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir drei Komponenten von Demokratie miteinander verbinden müssen: Demokratie ist eine Lebensform, eine Gesellschaftsform und eine Herrschaftsform. Demokratie wird erst dann verwirklicht, wenn alle drei Formen lebendig gestaltet werden.

Demokratie ist eine Form, das gesellschaftliche Miteinander zu organisieren und unter ein spezifisches gemeinsames Wertesystem zu stellen. Dabei sind für mich folgende Grundkonstanten leitend:

Wir Menschen leben in unterschiedlichsten Zusammenhängen und nehmen die verschiedensten Rollen an. Wir sind nicht nur Christin oder Christ, sondern vielleicht auch Eltern, sind berufstätig oder auch nicht, sind Konsument und vielleicht auch Produzent. Sie sind Unternehmerin, Angestellte, Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Wir haben die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Wünsche und eine ganze Reihe vielfältiger Interessen und Forderungen, kommen aus verschiedenen Kulturen und leben in differenten Milieus.

Demokratie als Form gesellschaftlichen Miteinanders respektiert die Vielfalt der Interessen ihrer Mitglieder. Ausgangspunkt und Grundkonstante demokratischen Gemeinwesen ist die Akzeptanz der Pluralität! Im Gegensatz zu jeder Form totalitärer Ideologie, die immer von einem „richtigen Menschenbild“ ausgeht und ein gemeinsames Interesse definiert, geht es in der Demokratie um die Suche nach Regeln, um beim Erhalt dieser Pluralität Gemeinsamkeit und Schutz zu organisieren und einen Ausgleich der Interessen zu gewährleisten.

Aus diesem Grundauftrag von Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsform ergeben sich für mich die weiteren Elemente der Demokratie.

2 Konflikt

Benjamin Barber, ein moderner Demokratie-Theoretiker, betont den Prozesscharakter von Demokratie, wenn er schreibt: „Demokratie wächst langsam und nur dort, wo die Menschen um sie kämpfen, wo staatsbürgerliche Traditionen und Institutionen entstehen und ein Geist der Verantwortung für das Gemeinwesen gepflegt wird, der vorwiegend auf der Grundlage von Erziehung und Bildung wachsen kann.“ Demokratie ist kein Zustand, sondern der Weg, der von Auseinandersetzungen und Konflikten geprägt ist. Wir müssen aufräumen mit der landläufigen harmonieorientierten und statischen Vorstellung, demokratisches Miteinander entstünde, wenn alle sich verstehen, ihre Bedürfnisse respektierten und ein Miteinander anstrebten. Demokratie ist auch Kampf und Streit - Streit um die beste Lösung, Streit um Teilhabe, Streit um Durchsetzung von Interessen. Demokratie gibt uns den Rahmen vor, in dem wir - geschützt vor Diskriminierung und direkten Angriffen und an der Sache orientiert - um Lösungen streiten können. Wer soll uns angesichts von zahlreichen unterschiedlichen Interessen sagen, welche Lösung die beste ist? Wie oft hören wir den Vorwurf an die Politiker, sie würden sich doch immer nur streiten! Sollen sie sich etwa nicht mehr streiten? Wer gibt

vor, welches Gesetz verabschiedet werden soll? Wer darf entscheiden, in welcher Form der Religionsunterricht an staatlichen Schulen angeboten werden soll? Wenn wir davon überzeugt sind, dass Menschen unterschiedliche Interessen haben, gibt es nicht den einen Willen des Volkes! Entscheidungen können nur durch Auseinandersetzung um die besten Argumente und die Suche nach tragfähigen Kompromissen gefällt werden. So könnten wir zugespitzt sagen: „Dort, wo es eine geregelte und offene Auseinandersetzung um die Sache gibt, findet Demokratie statt.“

3 Mehrheitsregel und Minderheitenschutz

Demokratie definiert die Regeln zur Austragung von Konflikten. Dieses Regularium ist der Kern demokratischen Lebens. Demokratie allein als Herrschaft des Volkes anzusehen, weist ebenso in eine falsche Richtung, wie Demokratie auf die Formel der „Herrschaft der Mehrheit“ zu reduzieren.

Demokratie ist eine Form der Regulierung von Interessenspluralismus unter dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung bei gleichzeitiger Wahrung des Minderheitenschutzes. Kompliziert? Ja, aber notwendig und unabdingbar! Wie sähe unsere

Gesellschaft aus, wenn nur die Mehrheit entscheiden dürfte? Gesellschaftliche und politische Entscheidungen können dann von breiten Mehrheiten getragen und akzeptiert werden, wenn dieser Spagat gelingt. In der Demokratie müssen auch Interessen, die unterlegen sind, zu ihrem Recht kommen, sie müssen die Chance bekommen sich der Mehrheitsentscheidung zu beugen in dem Wissen, an anderer Stelle Berücksichtigung zu finden. Das ist und bleibt eine Utopie. Unsere politische und gesellschaftliche Realität zeigt, dass dieser Spagat nicht immer gelingt. Es lohnt sich, dieser Utopie aber möglichst nahe zu kommen, und sie zum Leitfaden demokratischen Handelns zu machen. Dabei bildet die Achtung der Menschenrechte eine unhintergehbare Grenze, wie sie auch in den ersten Artikeln im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben ist. Menschenwürde, die jedem Menschen zukommt, ist nicht von Mehrheiten abhängig und verhandelbar.

4 Effizienz und Legitimität

Demokratie ist kein statischer Zustand, sondern Weg und Ziel zugleich. Ihre Akzeptanz erzielen demokratische Prozesse aus ihrer Fähigkeit Effizienz und Legitimität miteinander zu verbinden.

Demokratischen Regeln ist es gelungen, durch ein System des Interessenausgleiches, geregelter Konfliktlösung und durch den Aufbau von repräsentativen Systemen wie Parteien, Interessenverbänden und kontrollierender Medien, effiziente Entscheidungsfindungen zu organisieren und den Einzelnen als Akteur zu entlasten. Auf der anderen Seite ziehen demokratische Entscheidungen ihre Grundlegitimität aus dem Ziel, Sicherheit und Schutz sowie die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte und ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dass dieses Ziel ebenso anzustrebende Utopie bleibt, zeigt der tägliche Blick in die Zeitung.

Zusammenfassung

Demokratie ist für uns alle die Herausforderung, Pluralismus zuzulassen, Regelungen zu suchen, Minderheiten zu schützen und Sicherheit und Bürgerrechte für alle zu gewähren. Damit heißt Demokratie auch Konflikt und Auseinandersetzung und bedarf des dauernden Handelns in ihrem Sinne.

Die Entstehung einer Herausforderung – Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

von Mitarbeitenden des Regionalzentrums für demokratische Kultur
der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern in Bad Doberan

Anfang der neunziger Jahre siedelten Kader der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und aus anderen rechtsextremen Gruppen der Bundesrepublik in einer geplanten und koordinierten Aktion in verschiedene Regionen Ostdeutschlands über. Ihr Auftrag war und ist es, das vorhandene rechtsextreme Potential zu aktivieren und zu vergrößern und den Aufbau fester Strukturen zu leisten, um damit eine rechtsextreme Machtergreifung zu ermöglichen.

Zunächst konzentrierte sich dieser Personenkreis auf die Gewinnung der Jugendlichen, die sich in den Vereinigungswirren von Jugendarbeit, Schule oder Elternhäusern vernachlässigt fühlten. Durch den Wegfall der bisherigen Strukturen und den erst beginnenden Aufbau neuer Angebote, war ein Vakuum entstanden, dass die

Rechtsextremisten nutzten. Durch ihre Präsenz vor Ort und den Mangel an Alternativen war es leicht, die Jugendlichen mit Angeboten an sich zu ziehen, denen man den rechtsextremen Hintergrund oft erst auf den zweiten oder dritten Blick ansah. Die emotionalen Bedürfnisse der jungen Menschen nach Zugehörigkeit, Geborgenheit und Sinngebung wurden perfide genutzt, um sie zu lenkbaren Hilfstruppen zu instrumentalisieren. Das besondere Interesse galt in dieser Phase den Jungen bzw. jungen Männern, die vor allem gebraucht wurden, um dem beginnenden Widerstand gegen das rechtsextreme Treiben mit Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt zu begegnen.

**Emotionen
instrumentalisieren
Widerstand brechen**

Im Jahr 2008 waren in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 100 Angriffe mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen, von denen über 300 Menschen direkt oder indirekt betroffen waren: 40 Körperverletzungen, 31 versuchte Körperverletzungen, Nötigungen oder schwerwiegende Bedrohungen, 29 Brandstiftungen sowie andere gegen bestimmte Personen gerichtete Sachbeschädigungen. [Quelle: Lobbi e.V.]

Durch die Etablierung typischer Kleidung und Musik, Zeitschriften, Internetangebote etc. entstand innerhalb weniger Jahre eine Jugendkultur mit erheblicher Strahlkraft. Ihre Anziehung erklärte sich einerseits durch einen Nimbus der Unverwundbarkeit, der durch das geschlossene und oft gewaltbereite Auftreten der Gruppen erzeugt wurde. Andererseits reagierten viele Jugendliche auch auf eine veränderte gesellschaftliche Stimmung, in der die Skepsis oder sogar Ablehnung gegenüber staatlichen Angeboten zunahm. Reale oder befürchtete Arbeitslosigkeit, Abwanderung und die Auflösung sozialer Bezüge begannen das Alltagsklima immer stärker zu prägen. Eine wachsende Zahl der Menschen fühlte sich um ihre Hoffnungen und Mühen betrogen. Die rechtsextremen Kader beförderten diese Zweifel und die Kritik gegenüber der neuen Gesellschaftsordnung und politisierten die Jugendgruppen dadurch weiter in ihrem Sinne. Viele der bislang eher unorganisierten Cliques gaben sich eine strenge hierarchische Ordnung mit einem ‚Führer‘ und martialische Namen, die an ihrer rechtsextremen Orientierung keinen Zweifel mehr ließen. Immer öfter traten sie koordiniert als ‚Freie Kameradschaften‘ öffentlich in Erscheinung, es war ein Netzwerk entstanden, das sich bis zum Ende der neunziger Jahre in fast jeder Region Ostdeutschlands fest verankert hatte.

Ebenso wie die rechtsextreme Politisierung der Jugendcliques durch die gesellschaftliche Stimmung begünstigt wurde, wurden ihre rechtsextremen Haltungen im Gegenzug in ihrem Umfeld immer wirksamer. Ausgestattet mit rhetorischen Leitlinien und strategischen Argumentationsketten sorgten sie in ihren Familien, im Schulunterricht und in anderen gesellschaftlichen Kontexten für eine dauerhafte Präsenz rechtsextremer Positionen, um damit weitere Jugendliche für eine rechtsextreme Weltsicht zu interessieren, vor allem aber Zustimmung über die Generationengrenzen hinweg aufzuspüren und zu vergrößern. Bei Erwachsenen stießen die angebotenen Deutungsmuster vor allem dann auf positive Resonanz, wenn sie ein Ventil für die Ängste vor sozialem Abstieg oder für die Überforderungsgefühle angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche boten, sie auf dumpfe Vorurteile und nur geringen Erfahrungen mit Ungewohntem und Fremdem trafen oder wenn sie gesellschaftlich bislang tabuisierte Themen wie die Leiden der deutschen Opfer im Zweiten Weltkrieg, Flucht oder Vertreibung thematisierten, die in vielen Familienbiographien unaufgearbeitete persönliche Traumata beinhalteten.

Ausbreitung über die Generationengrenze hinweg

Bei dem Versuch, die Akzeptanz gegenüber rechtsextremen Positionen zu erhöhen, erwies sich das gewaltbereite Auftreten der Gruppierungen nun als Hindernis. Der menschenverachtende Charakter der Ideologie war all zu deutlich erkennbar und stieß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ab. Nach und nach wurde deshalb das Erscheinungsbild der Gruppen verändert. Das typische Skinhead-Outfit wurde gegen eine unauffälligere Kleidung eingetauscht und aus der ‚Pommerschen Aktionsfront‘ wurde über Nacht das ‚Soziale und Nationale Bündnis Pommern‘. Zusätzlich wurden gezielt Mädchen und junge Frauen integriert, was einerseits den gewünschten Imagewandel erleichterte und andererseits die Paarbildung und Familiengründung innerhalb der rechtsextremen Szene ermöglichte. (Bis dahin war Liebe das wichtigste Motiv für eine Loslösung von der Szene gewesen.) Gewalt wurde bevorzugt dann angewendet, wenn eine öffentliche Berichterstattung darüber nicht zu befürchten war.

Die Hauptopfergruppe rechtsextremer Gewalt sind in Mecklenburg-Vorpommern Jugendliche, die sich in ihren Schulen und Jugendclubs, in Sportvereinen oder anderen Freizeiteinrichtungen gegen rechtsextremes Gedankengut wehren. Sie werden bedroht, verfolgt und verprügelt. Angriffe dieser Art werden von Polizei und Medien aber häufig als schlichte Jugendrivalitäten abgetan und finden nur selten den Weg in eine öffentliche Berichterstattung.

Vergleichbares gilt für Gruppen, die sich ausdrücklich gegen Rechtsextremismus engagieren, aber keine starke gesellschaftliche Lobby besitzen. Auch Bedrohungen und Angriffe gegen sie werden öffentlich nur selten wahrgenommen. [Quelle: Lobbi e.V.]

Die rechtsextremen Kader begannen parallel, die Strukturen der NPD zu festigen und auszubauen und mit ihnen an die brennenden gesellschaftlichen Themen und

Diskurse anzuknüpfen. Um ein bürgerliches Spektrum erreichen zu können, engagierten sie sich unter dem Deckmantel von Sachthemen in Bürgerinitiativen und Vereinen, vertraten am Gartenzaun oder im Schulelternbeirat ihre Positionen oder agierten als Spender oder Helfer bei kommunalen Projekten.

Aufgrund der unterschiedlichen Alters- und Organisationsstruktur kam es teilweise zu Rivalitäten und Kursstreitigkeiten zwischen den Anhängern der Kameradschaften und denen der NPD, die aber nie zu einer wirklichen Bedrohung des gemeinsamen Interesses wurden. In Vorbereitung der Landtagswahl 2006 gelang es der NPD, die Mehrzahl der Aktivisten aus den Kameradschaften für eine Wahlkampfunterstützung zu gewinnen und viele konnten sogar zu einem Eintritt in die Partei bewegt werden. Diese Annäherung war für sie durchaus lukrativ, denn im Machtzentrum des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, dem Personal der NPD Landtagsfraktion, finden sich heute neben den Kadern aus westdeutschen Strukturen auch eine Reihe von Aktivisten aus den Kameradschaften.

Bis vor wenigen Jahren war die NPD in Mecklenburg-Vorpommern eine politische Marginalie, die mit mäßigem Erfolg vereinzelt zu Wahlen antrat. Noch bei der Bundestagswahl 2002 war die NPD mit 0,8 Prozent der abgegebenen Stimmen weit von jeder parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeit entfernt.

Bei den Kommunalwahlen 2004 konnte sie jedoch schon 10 Mandate in 7 kommunale Parlamente erreichen, bei der Bundestagswahl 2005 erhielt sie landesweit 3,5 Prozent der Stimmen und zog schließlich nur ein Jahr später mit 7,3 Prozent in den Schweriner Landtag ein. [Quelle: Lobbi e.V.]

Es ist das Ziel des Rechtsextremismus, immer mehr Menschen für ihre Weltsicht zu gewinnen, um damit einerseits die gesellschaftliche Entwicklung schrittweise in ihrem Sinne zu beeinflussen und

Zeitgemäßes Marketing einer unzeitgemäßen Ideologie

sich andererseits die Machtbasis zu schaffen, um nach Möglichkeit eine schlagartige fundamentale Umwälzung unserer Gesellschaftsordnung zu erreichen. Die Erweiterung ihres Sympathisanten- und Unterstützerkreises streben sie durch emotionsbezogene Themen, die Ansprache verschiedener Zielgruppen und durch die Unterwanderung gesellschaftlicher Strukturen an. Die Ausübung direkter und indirekter Gewalt durch Verleumdung, Bedrohung, Sachbeschädigung, Körperverletzung und Tötungsversuche bleibt unverändert wesentlicher Bestandteil der rechtsextremen Machtbestrebungen.

Den rechtsextremen Strategen liegt nichts an einer rationalen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen, in denen sie realisierbare Lösungsangebote vorlegen müssten, über die sie nicht verfügt. Nicht von ungefähr konzentriert sich deshalb die gesamte Propaganda von rechtsaußen auf Themenfelder mit starker emotionaler Aufladung. Sie zielt nicht auf den Verstand und eine differenzierte Abwägung verschiedener Bedürfnisse und Rechte, sondern möchte sich ihre egoistischsten Affekte und die allzu menschliche Neigung zu nutze machen, den Weg des größten persönlichen Nutzens einzuschlagen.

Unter dem Kampagnenslogan ‚sozial geht nur national‘ werden die Abstiegs- und Zukunftsängste in den Mittelpunkt gestellt, flankiert von anderen, stark emotionsgeladenen Themen wie Gentechnik, Gewalt

gegen Kinder oder Überfremdung. Die Rechtsextremen wollen die Energie aus den Sorgen, Ängsten und der Wut aber nicht nur für die Gewinnung von Sympathisanten und Anhängern nutzen, sondern sie gleichzeitig dazu verwenden, um Vorbehalte und Aggressionen gegen die Menschengruppen zu schüren, die sie in ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit und Ausgrenzung mit Hass und Verachtung verfolgen. Da die eigentlichen Adressaten der Kritik in den Führungsetagen von Politik und Wirtschaft oft unerreichbar erscheinen, lenkt die rechtsextreme Propaganda die vorhandene Wut gezielt gegen erreichbarere Sündenböcke.

Emotionalisierung

Kaum eine gesellschaftliche Struktur kann sich sicher sein, gegen eine planvolle

Instrumentalisierung und Unterwanderung

Unterwanderung durch Rechtsextremisten gefeit zu sein. Die demokratischen Parteien müssen sich gegen undemokratische Kandidatinnen und Kandidaten wehren, die auf ihren Listen antreten wollen, Gewerkschaften gegen rechtsextreme Bewerberinnen oder Bewerber bei Betriebsratswahlen, Schulen gegen entsprechende Elternvertretungen oder ehrenamtliche Theatergruppenleiter, Kirchgemeinden gegen antisemitische Gemeinderäte etc. Insbesondere kirchliche Strukturen werden genutzt, um sich in regionalen Bezügen zu verankern, mit dem Appell an tätige Nächstenliebe wird um Unterstützung gegen Ausgrenzung und Gesinnungsterror gebeten und damit die Rollen von Opfern und Tätern perfide vertauscht. Auch hier ist es das Ziel, die Strukturen als Bühne zur Verbreitung der eigenen Ideologie zu nutzen und rechtsextreme Positionen als selbstverständlichen Teil gesellschaftlicher Diskurse zu verankern.

Die Erscheinungsformen und Angebote des Rechtsextremismus haben sich ausdifferenziert, mit dem ‚Ring nationaler Frauen‘ existiert für Frauen inzwischen ebenso ein eigenes Angebot wie mit der ‚Heimattreuen deutschen Jugend‘ oder den ‚Nationalen Krabbelgruppen‘ ein Angebot für eine ideologische Frühorientierung der Kinder. Es gibt Gruppen, die sich im Interesse der ‚Volks Gesundheit‘ für ökologische Landwirtschaft und gegen Gentechnik einsetzen, spirituelle Gruppen, die scheinbar harmlose Sonnenwendfeiern organisieren, Vereinigungen rechtsextremer Unternehmer, Volkstanzangebote für die Seniorenarbeit, Chöre, Wanderbünde etc.

Vielfalt rechter Angebote

Der Mehrzahl dieser Gruppen ist gemeinsam, dass ihr ideologischer Hintergrund bei der Gewinnung neuer Mitglieder zunächst bewusst unklar bleibt. Zunächst soll durch die Betonung von Gemeinsamkeiten und das gemeinsame Erleben Sympathie und Offenheit erreicht werden, dann erst werden vorsichtig Elemente rechtsextremer Weltanschauungen in die Gespräche eingeführt. Die Nähe oder Zugehörigkeit zu eindeutig rechtsextremistischen Organisationen wie der NPD wird dabei vermieden, um die Verschleierung ihrer übergeordneten Ziele nicht zu gefährden. Werden die Hintergründe der

Gruppen dennoch offenbar, schrecken sie teilweise auch vor strategischen Lügen und sogar öffentlicher Distanzierung nicht zurück, um ihre Pläne weiterhin verfolgen zu können.

Angriffe auf Menschen, die allein aufgrund ihres kulturellen oder religiösen Hintergrundes, ihrer Hautfarbe, ihrer Lebensweise, wegen körperlicher Behinderung oder anderer Merkmale nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, sind leider ebenso alltäglich wie die Einschüchterung und Bedrohung von Personen und Gruppen, die sich den rechtsextremen Zielen entgegenstellen. Insbesondere Gewalt gegen Jugendliche, die sich gegen die Dominanz rechtsextremer Cliquen in ihren Dörfern und Städten wehren, ist ein regelmäßiges Mittel der rechtsextremen Machtbestrebungen.

Einschüchterung und Gewalt

Das Niveau rechtsextremer Gewalt ist seit Jahren hoch, hat aber mit gezielten Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten, Anschlägen auf Geschäftsstellen politischer Organisationen, Sachbeschädigungen an Häusern und Autos engagierter Politikerinnen und Politiker und sogar Morddrohungen gegen Bürgermeister in den letzten Monaten in Mecklenburg-Vorpommern eine neue Qualität erreicht.

Die Demokratie auf dem Prüfstand

von Klaus-Dieter Kaiser und Elisabeth Siebert

„Wenn ich gewusst hätte was kommt, wäre ich 1989 nicht auf die Straße gegangen.“ Keine generelle Haltung im Nordosten Deutschlands, aber immerhin ein Satz, der so oder so ähnlich manchmal fällt. Im Jahr 20 nach dem Mauerfall sind einige nicht gut zu sprechen auf die Demokratie, und die Stimmung ist mancherorts geprägt von Angst, Resignation oder sogar Verbitterung. Eine immer weiter absinkende Wahlbeteiligung, abnehmendes gesellschaftliches Engagement und die wachsende Hinwendung zu antidemokratischen Ideologien sind deutliche Warnsignale für eine Erosion der Demokratie, die in einigen Regionen nicht mehr nur von einer Minderheit der Bevölkerung ausgehen.

Der Konsens für eine tragfähige pluralistische Gesellschaft ist in unserem Bundesland, aber nicht nur hier, auch in anderen Teilen unseres wiedervereinigten Landes, brüchig. Das Vertrauen in die Vielgestaltigkeit der politischen Institutionen nimmt gegenwärtig eher ab als zu. Notwendige Reformen, auch wirtschaftliche, bringen alte und neue Ängste hervor, und die Solidarität bleibt oftmals auf der Strecke. Von einer politischen Streitkultur, die diesen Namen verdient, sind wir noch weit entfernt. Extreme Positionen verzeichnen in diesen Zeiten der Unsicherheit und Unübersichtlichkeit einen Zulauf.

Über mehrere Generationen haben hier die Menschen unter zwei Diktaturen gelebt. Bei allen zu betonenden Unterschieden war beiden antidemokratischen Systemen doch die Enteignung des öffentlichen Raumes gemeinsam. Fast 60 Jahre Diktatur durch je eine Partei, die Würde der Menschen missachtend, diese Prägungen wirken auch nach fast 20 Jahren Freiheit und Recht noch nach.

Deshalb gilt: Lassen Sie unsere Kirchengemeinden wieder zu Lernorten der Demokratie werden.

Dabei können wir an wichtige Erfahrungen anknüpfen: Im Osten Deutschlands waren die Kirchen einer der wenigen Räume einer offenen Streitkultur; und das im Angesicht der Feinde der offenen Gesellschaft, der SED und ihres Gewaltapparates, des MfS. Vor fast 20 Jahren haben viele Menschen den aufrechten Gang gewagt, sind auf die Straße gegangen mit Ihren Forderungen nach Freiheit vom Diktat der sich allmächtig gebärdenden Partei und sie hinweggefegt. Und die treibende Kraft war nicht allein das Streben nach individueller Freiheit, sondern auch die Erkenntnis: Organisierte Verantwortungslosigkeit im Politischen und eine menschenverachtende Ideologie richtete ein ganzes Land zugrunde.

Zugleich sehen wir: Die Erwartungen waren hoch. Die Demokratie sollte Freiheit und Wohlstand garantieren, echte Mitbestimmung ermöglichen und dabei stets transparent und unbestechlich sein. Die Realität blieb jedoch hinter diesen Hoffnungen zurück, denn in der Praxis ent-

enttäuschte Hoffnungen

puppte sich die Demokratie oft als ein sperriges Instrument mit hoher Störanfälligkeit. Der erste Frust mischte sich bald in die Vereinigungseuphorie. Die Begeisterung über die errungenen demokratischen Werte wie Meinungsfreiheit und wachsende gesellschaftliche Vielfalt wird angesichts der Mühen des demokratischen Alltags zu oft in den Hintergrund gedrängt. Die nachfolgende Generation wuchs teilweise mit diesen Zweifeln an der sozialen und wirtschaftlichen Integrationskraft der Demokratie auf.

Den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung brachte die Demokratie nicht für alle. Für viele bedeuteten die Veränderungen im Gegenteil persönliche Krisen: Arbeitslosigkeit, Abwanderung und die Auflösung sozialer Bezüge prägten und prägen das Leben. Während das einsetzende Wirtschaftswunder im Westdeutschland der fünfziger und sechziger Jahre der jungen Demokratie einen erheblichen Imagegewinn und Vertrauensvorsprung verschaffte, steht sie heute bei

einigen unter dem Verdacht, die Ursache einer negativ beurteilten wirtschaftlichen Entwicklung zu sein.

Zusätzlich erschüttern die weltweiten ökologischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Umbrüche die Fundamente unserer Existenz und vergrößern Zukunftsangst und Verunsicherung. Engagierte Demokratie nimmt diese Ängste ernst und versucht, gemeinsam Lösungen für deren Ursachen zu finden.

Zukunftsängste

Die globalen Krisen stellen in immer kürzeren Abständen die Fähigkeit der demokratischen Gesellschaften auf den Prüfstand, die Herausforderungen zu bewältigen. Eine große Zahl der politischen Strukturen sind aber inzwischen unter den Generalverdacht geraten, eben dies nicht zufriedenstellend bewältigen zu können.

Immer weniger Menschen engagieren sich in den traditionellen politischen Parteien und den anderen Organen gesellschaftlicher Meinungsbildung, wie Gewerkschaften oder Verbänden. Diese Organisationen, die im Interesse ihrer Zukunftsfähigkeiten darauf angewiesen sind, durch ihre Mitglieder weiterentwickelt und verbessert zu

Kritik an Parteien und Verbänden

werden, verlieren seit Jahren an Bindungskraft. Das Fundament der Demokratie, die Mitwirkung und Verantwortungsübernahme durch möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, ist geschwächt. Es sieht allorts demokratisch aus, aber durch die schwindende Beteiligung der Bevölkerung läuft manch eine Struktur allmählich Gefahr, zu einem ‚Potemkinschen Dorf‘ zu verkommen.

Die Abwendung ist auf den ersten Blick manchmal teilweise verständlich: Ausführlicher Meinungsstreit, langwierige Verhandlungen und mühsame Kompromisslösungen sind zwar Wesensmerkmale der Demokratie, sie können aber auch leicht als Ausdruck persönlicher oder parteipolitischer Machtkämpfe oder sogar als Unfähigkeit interpretiert werden. Beispiele von Misswirtschaft und Korruption, politischen Fehleinschätzungen, Lobbyismus oder parteipolitischem Kalkül sorgen für Vertrauensverlust.

Die regelmäßige Aufdeckung von Skandalen ist aber vor allem auch ein Zeichen für das Funktionieren unserer Kontrollsysteme. In diktatorischen Regimen sind persönliches Fehlverhalten, Korruption und Filz ganz sicher nicht seltener – durch eine Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit fehlt aber die Möglichkeiten, die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Von der schwierigen Situation wollen die Rechtsextremisten profitieren. Sie arbeiten aktiv daran, die bereits vorhandene Vertrauenskrise der Demokratie zu vergrößern. Mit ihrer Propaganda fördern sie gezielt überzogene Erwartungen an das, was Demokratie leisten kann. Sie schüren die vorhandenen Ängste und Sorgen der

Menschen durch irrationale Bedrohungsszenarien, und sie fördern vor allem nach Kräften die Zweifel an der Lösungskompetenz der politischen Strukturen und der politisch engagierten Menschen. Jeder Skandal und jeder Betrug, jede Täuschung und jede politische Lüge wird von ihnen als Indiz dafür herangezogen, dass die Demokratie an sich nichts taugt. Das Fehlverhalten oder Versagen Einzelner wird allen angelastet, die sich haupt- oder ehrenamtlich engagieren. Reale oder scheinbare Fehler werden zur Munition, um die Demokratie selbst in Frage zu stellen und statt dessen die eigenen Konzepte als Lösung anzupreisen.

Ihr Gestus des ‚Retters‘ aus gesellschaftlichen Misere ist dabei an Verlogenheit nicht zu überbieten, denn sie haben keinerlei Interesse, zur Verbesserung der Situation beizutragen. Angst und Resignation können ihnen im Gegenteil gar nicht groß genug sein, denn daraus ziehen sie ihren Nutzen. Wer sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlt und nicht weiß, ob er in einem Jahr seine Kredite noch bedienen kann, wer nicht mehr nachvollziehen kann, mit welcher Rentenversorgung er noch rechnen kann, was die Gesundheitsvorsorge ihn kostet, ob seine Nahrung noch vertrauenswürdig und ob das Sparguthaben noch sicher ist, wird vielleicht empfänglicher für populistische Verlockungen und demokratischer Gruppen. Je stärker die Verunsicherung wird, um so schwerer fällt es, Geduld, Vertrauen und Augenmaß zu bewahren. Je größer die Zukunftsangst ist, um so leichter werden Besonnenheit und ein differenziertes Urteilsvermögen durch Pauschalanklagen und Schuldzuweisungen getrübt.

Braune Profiteure

» Parteien wie die NPD versuchen, die wachsende soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft für sich zu nutzen, und haben sich die soziale Frage auf ihre Fahnen geschrieben. Aber ihre Lösungsangebote sind völkisch und rassistisch und richten sich gegen Minderheiten und schwächere Bevölkerungsgruppen. [...] Eine besondere Gefahr für eine demokratische Gesellschaft sehen wir darin, dass auch in der politischen Mitte der Gesellschaft demokratische Grundsätze ausgehöhlt, lächerlich gemacht und zur Illusion erklärt werden. Der Aufschwung rechtsextremer Parteien und die Verbreitung rechtsextremer Ideen dürfen nicht verharmlost oder gar als verständliche Reaktion auf gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt werden. «

Stellungnahme der Linkspartei zum Rechtsextremismus
die-linke.de/wahlen/positionen/themen_az/pt/rechtsextremismus

Die braunen Profiteure appellieren gleichzeitig an unseren Egoismus und unsere Gier und versuchen, diejenigen, die nicht zu ihren Feindbildern gehören, durch ein unethisches Angebot zu verführen: Sie versprechen alles dafür zu tun, damit weiße, deutschstämmige, nicht-jüdische, nicht-behinderte, heterosexuelle Menschen zukünftig wirtschaftlich und sozial bevorzugt werden. Mit keinem Wort erinnern sie dabei daran, dass dafür die Menschen, die nicht in ihr rechtsextremes Weltbild passen, den Preis der Benachteiligung, Ausgrenzung, Diskriminierung oder sogar der Vernichtung zahlen sollen. Sie hoffen, andere Menschen selber zu Profiteuren der schwierigen Lage machen zu können und dass es ihnen noch einmal gelingt, Solidarität und Mitgefühl durch selbstsüchtiges Gewinnstreben zu ersticken.

ein unmoralisches Angebot

Der Rechtsextremismus möchte, dass wir vor den Mühen der Demokratie kapitulieren. Wir sollen angesichts der Größe der Herausforderungen verzagen und die Hoffnung aufgeben, dass die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und Verbände Willens und in der Lage sind, gute Wege in die Zukunft aufzuzeigen. Vor allem aber sollen wir unsere Mitverantwortung für das Gelingen unserer Gesellschaft abgeben und uns selbst nicht aktiv daran beteiligen, die demokratischen Strukturen zu verbessern.

Nicht erst an dem Tag, an dem die Vereinigten Staaten von Amerika zum ersten Mal einen schwarzen Mann zu ihrem Präsidenten gewählt haben, hat sich bewiesen, dass sich der Einsatz für die Veränderung unserer politischen Kultur lohnt. Auch utopisch erscheinende Ziele können realisiert werden, wenn viele Menschen voller Hoffnung und Vertrauen daran arbeiten.

Martin Luther King konnte nicht wissen, ob sich seine Arbeit gegen die Rassendiskriminierung jemals auszahlen und seine Träume sich erfüllen würden, und setzte sich dennoch mit all seiner Kraft dafür ein. Eine belastbare demokratische Kultur, die sich berechnete Hoffnungen darauf machen kann, die Zukunft zu verbessern, entsteht nur, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung selbst eingefordert, entwickelt und gepflegt wird. Wer aktiv daran mitwirkt, in einem Dickicht verschiedenster Interessen adäquate Lösungen für Herausforderungen zu finden, kennt die Mühen, aber auch die Vorteile der demokratischen Praxis aus eigener Erfahrung und verfügt über realistische Einschätzungen bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie.

Wenn wir die eigene Mitverantwortung für das Gelingen unseres Miteinanders aber leugnen, sind wir verführbar, den Umgang mit Herausforderungen an diejenigen zu delegieren, die uns mit vorgeblich schnellen und einfachen Lösungen locken. Tatsächlich entlassen werden wir aus unserer Mitverantwortung aber selbst dann nicht, wenn wir dieser Versuchung nachgeben, wir müssen anderen aber vor allem uns selbst gegenüber Rechenschaft für das ablegen, was wir getan haben - und auch für das, was wir nicht getan haben.

**wir bleiben
verantwortlich**

» Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns Christdemokraten eine Pflicht, denn das Weltbild der NPD ist meilenweit von unserem christlichen Menschenbild entfernt. [...] Gerade in den Kommunen muss aufgepasst werden. Unter dem Deckmantel von Sachthemen und dem vorgetragenen Wunsch nach Pragmatismus versuchen Rechtsextremisten, Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Gerade wenn die Akteure persönlich bekannt sind, gilt es, sich nicht auf scheinbar unpolitisches einzulassen. Damit wird die extremistische Grundhaltung lediglich in gefährlicher Art und Weise verschleiert. [...] Demokratie arbeitet von unten nach oben und lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. «

CDU Landtagsfraktion
Mecklenburg-Vorpommern:
Aktiv für Demokratie und Toleranz.
Handreichung zum Umgang mit
Rechtsextremisten, 2008.
Seiten 1, 5, 28

Rechtsextremismus – eine Meinung wie jede andere?

von Elisabeth Siebert

Es gehört zu den Wesensmerkmalen einer pluralistischen und freiheitlichen Demokratie, dass in ihr auch solche Weltanschauungen vertreten sein dürfen, die ihre Grundwerte hinterfragen. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit darf sich nicht auf die Auffassung der Mehrheit oder der Machthabenden beschränken, sondern fordert uns sogar auf, aktiv dafür einzutreten, dass auch provozierende Ansichten geäußert und im Wettstreit der Meinungen frei vertreten werden können. Ihre Grenzen erreicht die Meinungsfreiheit aber zwingend dann, wenn sie missbraucht wird, um Menschenverachtung zu propagieren und die Würde und fundamentalen Lebensrechte Anderer negiert oder verletzt werden.

Die rechtsextreme Ideologie leugnet den Kerngedanken der allgemeinen Menschenrechte, des deutschen Grundgesetzes und des christlichen und humanistischen Menschenbildes, dass alle Menschen gleichwertig sind, dass sie gleich sind an Wert und an Würde. Selbstverständlich existieren körperliche, geistige, kulturelle und soziale Unterschiede, dies festzustellen ist nicht rechtsextrem. Der Rechtsextremismus unterteilt Menschen jedoch vor dem Hintergrund widerwärtiger ‚Rassenlehren‘, absurder Kulturranglisten oder brutalstem Sozialdarwinismus in höher- und minderwertigere Gruppen, hierarchisiert sie

in Herren und Sklaven und spricht vielen Menschen sogar das Existenzrecht ab.

„Sie sprechen von der Unterstützung benachteiligter Menschen. Schön und gut. Aber eines fehlt in ihrem Gedankenkonstrukt: Unser Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten. Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen. Das ist keine Selektion, sondern einfache Logik.“

Udo Pastörs, NPD Mecklenburg-Vorpommern

Die Freiheit, die eigene Lebensweise selbstbestimmt zu wählen, wird abgelehnt und statt dessen Uniformität und die Unterwerfung unter das ‚Volkswohl‘ gefordert. In einer rechtsextremen, autoritär geführten Herrschaft ist kein Raum für Pluralismus, Individualität und ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander unterschiedlichster Lebensweisen, Kulturen und Religionen.

„Das heißt für uns, um nicht zu verflachen müssen wir lernen, ein gesundes Frauentum und Mannestum zu leben. Jedem das Seine! Nur in der Ergänzung beider wird eine gesunde Volksstruktur möglich sein.“

Udo Pastörs, NPD Mecklenburg-Vorpommern

‚Jedem das Seine‘ war über dem Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald zu lesen, in dem die Nationalsozialisten von 1937 bis 1945 zehntausende Menschen

ermordeten, die nicht in ihre Vorstellungen von einer ‚gesunden Volksstruktur‘ passten.

Dennoch können diese und vergleichbare Ideologien der Ausgrenzung und Abwertung weder verhindert noch verboten werden. Eine wehrhafte demokratische Gesellschaft muss es sich aber zur Aufgabe machen, den von ihnen ausgehenden Gefährdungen aktiv entgegen zu wirken. Das Recht, die eigene Sichtweise frei zu äußern und für sie zu werben, ist deshalb neben der Beschränkung durch die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen noch an eine weitere Bedingung geknüpft: Die Durchsetzung der eigenen Ziele darf nur mit demokratischen und insbesondere nur mit gewaltfreien Mitteln angestrebt werden, und die schließlich mit den Mitteln des Meinungsstreits ausgehandelten und durch Wahlen bestätigten Normen müssen akzeptiert werden.

Wer seine Sichtweise als einzige, allgemeingültige Wahrheit betrachtet, die notfalls auch mit den Mitteln der Verschleierung, durch strategische Lügen oder sogar durch den Einsatz direkter und indirekter Gewalt durchgesetzt werden soll, verwirkt den Anspruch auf unsere Toleranz und Gesprächsbereitschaft.

„Ich habe ganz bewusst hier eine politische Rede gehalten und auch ganz bewusst so formuliert, dass jeder es ganz klar verstehen kann, dass wir nur Zukunft haben und unsere Schuld abtragen können bei den Toten des 2. Weltkriegs, wenn wir selbst mutig sind und wenn wir selbst bereit sind, alles einzusetzen, um das zu beenden, was uns vernichten will und wenn wir selbst dabei Nachteile in Kauf nehmen müssen. Ja, selbst wenn wir daran zu Grunde gehen, muss der Versuch gewagt werden, denn nur so werden wir dem gerecht, was die Toten von uns zu Recht fordern können, liebe Freunde. In diesem Sinne, rufe ich euch alle auf. Wehrt euch!“

„Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Lasst sie uns unterwühlen. Und es ist heute schon ungleich viel einfacher, und wir haben ja schon auch den ein oder anderen politischen Tunnel gegraben, um dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen.“

Udo Pastörs, NPD Mecklenburg-Vorpommern

Ein Blick auf den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass unser Widerstand sich nicht nur auf dessen inhaltliche Positionen beschränkt, sondern auch eine notwendige Reaktion auf die Art und Weise sein muss, in der Rechtsextremisten versuchen, die Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, demokratische Prozesse zu unterhöheln, ihre Absichten zu verschleiern und den ihnen entgegengebrachten Widerstand

mit buchstäblich allen Mitteln zu brechen. In diesem Aspekt ist die Herausforderung durch rechtsextreme Strukturen einzigartig und mit keiner anderen politischen Gruppe vergleichbar, wie befremdlich und populistisch deren Positionen im Einzelnen auch ebenfalls sein können.

Es ist unsere Verpflichtung, menschenfeindlicher Gesinnung in all ihren Erscheinungsformen entgegenzutreten. Dazu fordert uns zur Zeit nicht ausschließlich aber eben in ganz besonderer Weise der Rechtsextremismus in unserem Land heraus: Bereits die Inhalte dieser Ideologie stehen im Widerspruch zu den Grundwerten unserer Gesellschaft. Aber auch die Art

Keine Toleranz gegenüber Menschenverachtung und Gewalt

und Weise, in der Rechtsextremisten versuchen, durch die Manipulation von Stimmungen, die Instrumentalisierung von Emotionen, durch Betrug, Verschleierung und Gewalt ihre Macht zu vergrößern, fordert unseren Widerstand.

Toleranz und Respekt gegenüber anderen Meinungen sind Grundvoraussetzungen für das Gelingen eines demokratischen Miteinanders. Toleranz und Respekt sind jedoch nicht gleichbedeutend damit, gegenüber unerträglichen Einstellungen und Weltanschauungen gleichgültig zu werden, sich irgendwie mit ihnen zu

arrangieren oder sie auch nur unwidersprochen zu lassen. Ideologischer Ausgrenzung und Abwertung nicht aktiv entgegenzutreten ist wohl die größtmögliche Intoleranz und Respektlosigkeit gegenüber den Menschen, die dadurch in der Freiheit ihrer Lebensgestaltung oder sogar ihrem Existenzrecht bedroht werden. Im Namen der Toleranz Menschenfeinde gewähren zu lassen, bedeutet, ihre Opfer zu ignorieren. Nächstenliebe verlangt Klarheit.

» Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger demokratische Prozesse selbst aktiv mitgestalten, kann das Gemeinwesen langfristig vor rechtsextremistischen Bedrohungen geschützt werden. Politik allein wäre überfordert. «

Ministerpräsident Erwin Sellering:
Eine stabile Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft.
in: Mathias Brodtkorb und Volker Schlotmann: Provokation als Prinzip. 2008. Seite 197

Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein! – Warum sich Christen in unserem Land für eine demokratische Kultur einsetzen

Warum ist die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen eine genuine Angelegenheit der (evangelischen) Kirche? Wie notwendig dies ist, zeigt, dass antidemokratische Einstellungen schon längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und auch vor den Kirchentüren nicht Halt machen. Manchmal ideologisch verfestigt, oftmals als eine Form unreflektierter Unzufriedenheit, meist aber Geschichtsvergessen durchdringen sie unseren Alltag. Und solche Einstellungen begegnen uns nicht nur in den einschlägigen Parteien und Kameradschaften, sie sind auch an Stammtischen, in Vereinen und selbst in demokratischen Parteien zu hören. Und in unseren Kirchengemeinden?

Fremdenfeindliche Ressentiments, antisemitische Vorurteile, die Abkehr von den Mühen demokratischer Konsensfindung, die Sehnsucht nach einem harmonischen Gemeinschaftsgefühl der Gleichgesinnten – all dies ist in unseren Städten und Dörfern zu finden. Egal ob in oder ob außerhalb unserer Kirche: Immer dann, wenn die Würde, die einem jedem Menschen zukommt, infrage gestellt wird, dann sind wir als Christenmenschen gefragt. Klarheit ist dann von uns verlangt.

Stimmen aus unserer Landeskirchen und von anderen Christen ermutigen uns, sich zu engagieren.

*Christian Rudolph,
Pastor in Ballwitz*

Dienstag, 20. Januar 2009. Soeben ist Barack Hussein Obama als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt worden. Gespannt verfolge ich die Übertragung im Radio. Die Hand auf der Bibel, auf die bereits Abraham Lincoln seine Hand gelegt hat, legt er seinen Amtseid ab. Es scheint, als ob der Traum, den der Friedensnobelpreisträger von 1964, Martin Luther King, geträumt hat, wahr geworden sei. Das „Yes, we can“ haben ihm seine Wähler abgenommen. Ja, wir können. Kein „Naja, vielleicht“. Kein „Das geht nicht, weil ...“. Kein „Wir können ja eh nichts ändern“. Erst recht kein „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“. Und schon gar kein „Die sind Schuld, dass ...“

Ich war nie in Amerika und habe das in absehbarer Zeit auch nicht vor. Dennoch ist mir das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ seit meiner Kindheit auf eine seltsame Art vertraut. Mit Jörn Jakob Sven, dem Amerikafahrer aus der Griesen Gegend um Ludwigslust, fuhr ich im Dampfer über den Ozean und behauptete mich mit Gottvertrauen und Schlagfertigkeit gegen dreiste Iren und andere Widersacher. Mit Tom Sawyer trieb ich mich auf Friedhöfen rum und saß mit Old Shatterhand am Lagerfeuer. Später ließ ich mich in verrauchten New Yorker Jazzclubs von der neuartigen Musik faszinieren, träumte

Tellerwäscherträume und kämpfte mit Philip Marlowe den Kampf Gut gegen Böse.

So weit war die Welt noch in Ordnung. Dass dieser Kampf aber ein realer ist, dass tatsächlich Blut fließt, begann ich zu begreifen, als ich vom Ku-Klux-Klan erfuhr. Es machte mir Angst, dass sich ansonsten ehrbare Männer ungestraft über Recht und Gesetz hinwegsetzen und dabei auf Zustimmung breiter Bevölkerungskreise setzen konnten. Es dämmerte mir, dass es keine Bagatelle war, wenn Schwarze in einem Bus nur hinten sitzen durften, sondern dass sie um ihr Leben fürchten mussten, wenn sie sich nicht stillschweigend fügten. Ich schöpfte Hoffnung, als Martin Luther King Gewaltlosigkeit predigte und eine große Bewegung in Gang setzte, und war geschockt, als er erschossen wurde. All das nicht in Echtzeit, sondern um einige Jahre verschoben.

Seitdem begegneten mir Ausgrenzung und Gewalt auf Schritt und Tritt. Ich kannte die Namen auf den Fahndungsplakaten, mit denen nach den Terroristen der RAF gefahndet wurde. In Dachau ging ich über das weite Gelände des Konzentrationslagers und versuchte, mich von dem Grauen nicht vollständig gefangen nehmen zu lassen. Bei Besuchen in der DDR erlebte ich, dass man nicht überall alles sagen durfte.

Aus einer Pfarrersfamilie stammend und in kirchlicher Jugendarbeit sozialisiert, stellte ich mir natürlich die Frage:

Wie würde oder hätte ich mich unter besonderen Umständen verhalten? Wir diskutierten untereinander, waren uns im Grundsätzlichen einig und im Konkreten doch sehr unterschiedlicher Meinung. Auf der Suche nach Vorbildern landeten wir bei Dietrich Bonhoeffer. Wir klopfen Haltung von Kirche daraufhin ab, wie viel Widerstand möglich, wie viel Ergebung in Konfliktsituationen unumgänglich war. Wir pflegten die Systemkritik und wussten, wie viel wir dem System zu verdanken hatten – dem kirchlichen und dem demokratischen.

Wir saßen als Schüler im Gerichtssaal, als über die Genehmigung des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld verhandelt wurde, und gingen als Evangelische Studierendengemeinde in Brokdorf und Wackersdorf auf die Straße. Wir grenzten uns ab gegen fundamentalistische Interpretationen des befreienden Evangeliums und tappten dabei möglicherweise selbst in die Fundamentalismusfalle. Das Denken in Gegensätzen hatte uns stärker gefangen genommen, als uns oft bewusst war. Heute wird deutlich, dass weiter reichende Qualitäten gefragt sind, wenn es gilt, Konflikte zu lösen. Dass die alleinige Behauptung des rechten Standpunkts in die Sackgasse führt, hat die amerikanische Politik der letzten Jahre gezeigt. Von dem jetzigen Präsidenten der USA wird erwartet, dass er zuhört und bereit ist, den anderen zu verstehen. Im Wahlkampf hat er das bereits unter Beweis gestellt.

Der rechtsstaatliche Schutz der „Fremdlinge“

von Dr. Michael Haspel

Wohl auf Grund der eigenen Erfahrungen in Exilsituationen (Ägypten, Babylon) haben sich in der Rechtsordnung Israels besondere Formen des Schutzes von Ausländern entwickelt: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“ (2. Mose 22,20). Die so genannten „Fremdlinge“ wurden den Einheimischen gleich gestellt. Beachtenswert ist dabei, dass diese Regelungen in

den Rechtssammlungen des Alten Testaments aufgenommen wurden, ihnen also eine besondere Form der Verbindlichkeit und Bedeutung gegeben wurde: „Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein, für den Fremdling wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott“ (3. Mose 24,22). Der rechtliche Schutz der Fremdlinge basiert also einerseits auf dem ethischen Prinzip des Schutzes des Schwächeren mit dem Ziel der Bewahrung der Freiheit aller, wie er der Thora und in besonderer Weise den Zehn Geboten zu Grunde liegt. Zum Anderen kommt darin zum Ausdruck, dass es sich dabei um ein grundlegendes Element der Rechtsstaatlichkeit handelt.

Kathrin Oxen,
Pastorin der Ev.-Ref. Kirche in Bützow

„Die Westdeutschen sind keine besseren Demokraten, sie hatten nur mehr Zeit zu trainieren“, sagt der ostdeutsche Pastor und inoffizielle Namensgeber der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck. Ob ich, im Westen Deutschlands aufgewachsen und sozialisiert, Demokratie wirklich gut trainiert habe? Ich kann mich an wenig Gelegenheiten dazu erinnern. Die SV, die Schülermitverantwortung in der Zeit am Gymnasium, bildet meinen damaligen Eindruck davon, was Demokratie ist, eigentlich ganz gut ab:

Mühsame Suche nach geeigneten Vertretern, aufwendige Wahlprozesse, mit einem gewissen Pathos vorgebrachte Willensbekundungen, dass vieles anders werden könne und müsse - und ein zumeist bescheidenes Ergebnis, mit dem keiner vollkommen zufrieden ist.

Mein persönliches politisches Engagement war denn auch eher lau. Es gab andere Lebensbereiche, in denen mir das Verhältnis von Engagement und daraus resultierender persönlicher Zufriedenheit unter dem Strich ausgewogener zu schien. Demokratie ja - aber ohne mich.

Geändert hat sich das erst, seit ich im Osten Deutschlands lebe. Erst nach einiger Zeit sind mir die unterschiedlichen Prägungen, die jeweils 40 Jahre BRD und DDR hinterlassen haben, überhaupt bewusst geworden. Das Land, einst genannt die DDR, ist ein anderes Land als das, aus dem ich komme - nicht mehr, aber eben auch nicht weniger. Trügerisch wäre es, zu meinen, man verstünde sich, weil man die gleiche Sprache spreche. Vieles von dem, was ich für selbstverständlich hielt, erkenne ich im Osten Deutschlands als Bestandteil meiner westdeutschen Sozialisation. Dazu zählen für mich grundlegende Dinge, wie die Bereitschaft, seine Meinung zu äußern, auszuhalten, dass andere möglicherweise eine andere

Für die christliche Ethik ergeben sich daraus drei Perspektiven. Zum einen ist ein Schutz der Schwachen und Bedrängten unabhängig von ihrer Abstammung eine Handlungsmaxime christlicher Lebensführung, man denke etwa an das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Zum anderen wird der Schutz der Schwächeren und Fremden und die Wahrung ihrer Rechte zu einer Forderung christlicher Ethik, die den Bereich des individuellen Handelns übersteigt. Die christlichen Kirchen engagieren sich in der Gesellschaft deshalb dafür, dass dies Teil der staatlichen Rechtsordnung wird und bleibt. Zum Dritten wird deutlich, dass die Rechtsordnung, die

auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit beruht, Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben und damit ein zu förderndes und bewahrendes Gut unserer Gesellschaft ist. Alle drei Aspekte stehen im Gegensatz zu rechtsextremen Weltbildern.

Erschienen in: Nächstenliebe verlangt Klarheit. Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus. Hrsg. vom Kirchenamt der Föderation Ev. Kirchen in Mitteldeutschland (EKM), 2008, S. 6

Meinung haben, sein Gesicht zu zeigen (auch öffentlich oder in der Presse) und vor allem das Verhältnis zu den staatlichen Institutionen, insbesondere der Schule. Ich habe erst hier begriffen, welchen Stellenwert die Schule in der DDR als Schnittstelle zwischen dem Einzelnen und dem Staat besessen hat und welche Erfahrungen von Indoktrination und Repression dort gemacht worden sind. So ist z.B. die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Schule, die im Westen Deutschlands eine Selbstverständlichkeit war und ist, auch 20 Jahre nach 1989 nach meiner Beobachtung erst in den Anfängen begriffen.

Als Pastorin der evangelisch-reformierten Kirche gehöre ich zu einer „doppelten Minderheit“. Ich bin Christin in einem unkirchlichen und Reformierte in einem lutherischen Umfeld. Zum täglichen Brot gehört da für mich die Bereitschaft (und Fähigkeit), sich erklären zu müssen. Unter etwas anderen Vorzeichen gilt das Gleiche für Menschen, die sich für die Demokratie engagieren. Die Zahl derer, die 20 Jahre

nach 1989 noch nach demokratischen Grundwerten verlangen, ist klein im Verhältnis zur großen gleichgültigen Masse und zu den extremen Rändern, die die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung betreiben.

Der Schwerpunkt meines persönlichen Engagements gegen Rechtsextremismus hat sich verlagert zu einem Engagement für Demokratie. Sich negativ abzugrenzen ist ja bekanntlich immer viel leichter als positiv zu begründen. Ich trainiere seit längerem, negative Abgrenzungen zu vermeiden, wenn ich erklären soll, was es mit dem „Reformiert“ sein auf sich hat. Und ich habe auch schon die ersten Trainingseinheiten in der positiven Begründung demokratischer Grundwerte hinter mir: Du kannst dich informieren, du kannst deine Meinung äußern, du wirst gehört, du kannst dich beteiligen, du kannst selbst Verantwortung übernehmen. Mit der Demokratie geht es mir ein bisschen wie mit dem Fahrradfahren oder Schwimmen: Verlernen kann ich es nicht, trainieren immer.

*Heiko Lietz,
Pastor i.R. und Bürgerbüro Schwerin*

Wenn ich darüber nachdenke, was mich in meinem Leben eigentlich wesentlich geprägt und was mir die Richtung gewiesen hat, dann ist es ein Wort Jesu aus der Bergpredigt: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen.“ Diese Vision des Reiches Gottes, das schon in dieser Welt anbrechen will, war und ist bis heute die Antriebskraft meines theologischen Denkens und meines politischen Handelns geblieben.

In diesem Herrschaftsbereich Gottes hat jeder Mensch seine von Gott gegebene unantastbare Würde, die ihm keiner nehmen darf. Wenn sich Menschen oder Gruppen jedoch anmaßen, diese Grundregel des christlichen Glaubens außer Kraft zu setzen und an der Stelle Gottes selbst darüber bestimmen wollen, wem sie diese Würde zuteil werden lassen und wem nicht, dann überschreiten sie in unzumutbarer und anmaßender Weise ihre Grenzen, die Gott auch ihnen gesetzt hat. Für mich als Christ entsteht dann die Frage, wie ich mich zu diesen Menschen und Gruppen verhalten soll, wenn ich denn meinen Glauben wirklich ernst nehme.

Als wir vor 20 Jahre in einer friedlichen Revolution ein menschenverachtendes System, das sich auch an die Stelle Gottes setzen wollte, überwand, hatte ich mir damals fest vorgenommen, alles dafür zu tun, damit wir hier in unserem Land nie wieder zu solchen oder ähnlichen Verhältnissen zurückzukehren, in denen wir wieder unserer menschlichen Würde beraubt und entmündigt werden.

Wenn ich jedoch wahrnehme, dass sich gegenwärtig wieder verblendete Menschen aus dem rechtsextremistischen Spektrum zusammenfinden, und dafür kämpfen, erneut ein menschenverachtendes System zu etablieren, dann versetzt mich das in höchste Alarmbereitschaft. Denn es kommen in mir ganz schlimme Erinnerungen an die Geschichte von 1933 - 1945 hoch, in der der Nationalsozialismus eine ganze Welt in den Abgrund gerissen hat. Es macht mich noch heute zutiefst betroffen, dass viele Menschen aus der Generation unserer Eltern und Großeltern dieses System gewählt und aktiv darin mitgewirkt haben. Als sie 1945 nach der Befreiung vom Nationalsozialismus aus ihrem Wahn und ihrer Verblendung erwachten, lag auch Deutschland in Schutt und Asche. Viele von uns haben damals durch diesen Krieg und seine Folgen auch Vater oder Mutter oder sogar beide verloren.

Die Geschichte des Dritten Reiches ist bei mir auch mit sehr schmerzlichen Erinnerungen in meinem engsten Familienkreis belastet. Auf diesem Hintergrund werde ich heute alles dafür tun, dass nicht wieder Menschen, die sich dem Ungeist des Dritten Reiches verpflichtet wissen, erneut politische Macht in unserer jungen und noch nicht sehr gefestigten Demokratie bekommen.

Wenn von den Wahlberechtigten (immerhin etwa 60 Prozent aller Wahlberechtigten) 2006 bei der letzten Landtagswahl über sieben Prozent ihre Stimme der NPD gegeben haben, dann bin ich äußerst erschrocken, entweder über die

Geschichtsvergessenheit vieler oder, was mich genau so bestürzt, über die Haltungen und Überzeugungen derer, die sich erneut antisemitisch, fremdenfeindlich, nationalistisch oder gar bewaltbereit verhalten.

In vielen Gesprächen höre ich auch heraus, dass es sich bei der Wahl der NPD eigentlich nur um eine Protestwahl gehandelt hat und man nichts weiter gewollt habe, als den etablierten Parteien einmal einen gehörigen Denkzettel zu verpassen.

Dass ich nach der friedlichen Revolution 1989/90 auch mit vielem von dem, was wir damals anstrebten, bis heute nicht zufrieden bin, will ich hier nicht verschweigen. Aber ich möchte die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen in der Gegenwart allein in Richtung von mehr Menschenfreundlichkeit, mehr Menschenwürde und mehr Menschenrechten anstreben, in keinem Falle aber in Richtung von immer weniger, wie das die Rechtsextremisten anstreben.

Deswegen werde ich mich auch mit allen aktiv und entschieden auseinandersetzen, die in irgendeiner Weise die Würde aller hier in Deutschland lebenden Menschen antasten wollen.

Ich möchte mich dabei mit allen Menschen, die Gleiches wie ich wollen, zusammen tun. Es ist dabei gut zu wissen, dass ich dabei neben vielen anderen auch auf alle, die in unserem Land mit Ernst Christen sein wollen, bauen kann.

EXKURS

Die bleibende Erwählung der Jüdinnen und Juden

von Dr. Michael Haspel

Der ursprüngliche Bund Gottes galt seinem erwählten Volk Israel, dem er sich offenbart hat. Nach christlichem Verständnis hat Gott diesen Bund durch die Offenbarung in Jesus Christus für alle Menschen geöffnet, die an ihn glauben. Der ursprüngliche Bund bleibt aber in seiner Besonderheit erhalten: „Wenn aber nun etliche von den Zweigen ausgebrochen sind und du, der du ein wilder Ölbaum warst, bist unter sie gepfropft und teilhaftig geworden der Wurzel und des Saftes im Ölbaum, so rühme dich nicht wider die Zweige. Rühmst du dich aber wider sie, so sollst du wissen, dass nicht du die Wurzel trägst, sondern die Wurzel trägt dich“ (Römer 11, 17f.). Deshalb sind Christinnen und Christen dem Volk Israel in besonderer Weise verbunden. Jesus und die Glieder der Urgemeinde waren Jüdinnen und Juden. Die heilige Schrift der Jüdinnen und Juden ist Christinnen und Christen Grundlage und Voraussetzung des Neuen Testaments.

Deshalb ist jede Form des Antisemitismus vom biblischen Zeugnis und christlichen Glauben her abzulehnen. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass es auch im Christentum verhängnisvolle Formen des Antijudaismus gab und gibt. Gerade deshalb wird sich die Evangelische Kirche gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft wenden.

Erschienen in: Nächstenliebe verlangt Klarheit. Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus. Hrsg. vom Kirchenamt der Föderation Ev. Kirchen in Mitteleuropa (EKM), 2008, S. 5f

Gemeinsames Wort des Rates
der Evangelischen Kirche in
Deutschland und der Deutschen
Bischofskonferenz zur Zukunft
unseres demokratischen
Gemeinwesens „Demokratie
braucht Tugenden“ vom
20.11.2006
(Gemeinsame Texte 19,
Seite 21f)

» Eine liberale Demokratie hat nur Bestand, wenn sie für
die Freiheiten, die sie verbürgt, und für die Sicherung ihrer
Erhaltungsbedingungen auf nicht-staatliche Ressourcen
zurückgreifen kann. [...] Ohne Zivilcourage ist solches
Engagement kaum möglich, ohne die Bereitschaft zur
Verständigung mit Anderen - etwa für gemeinsame
Bürgerinitiativen - bleibt es oft schwach und zumeist
erfolglos. «

*Gottfried Timm,
Innenminister a.D. des Landes
Mecklenburg-Vorpommern und MdL*

Als wir nach 1990 in unserer jungen Demokratie laufen gelernt haben, da hörte ich in Reden häufig das Zitat von Winston Churchill „Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“. Ich habe das damals so verstanden, als ob uns Anfängern aus erfahrenem westdeutschen Munde Trost in schwieriger Zeit gespendet werden sollte.

Heute verstehe ich dieses Churchill-Wort anders. Hier spricht einer das Unperfekte und Unvollendete an und holt es mitten hinein in unseren engagierten demokratischen Alltag. Demokratie ist verwundbar, sonst wäre sie nicht lebendig.

In unserem Land gibt es viele Menschen, die sich ausgegrenzt fühlen - Arbeitslose, Alleinerziehende, Zugewanderte. Auch wenn es einen Unterschied gibt bei der Frage, ob jemand ausgegrenzt ist oder sich ausgegrenzt fühlt - hier stellt sich die wichtigste Aufgabe einer demokratischen Lebenskultur: Menschen hineinholen in unsere Gemeinschaft und sie konkret ansprechen auf ihren bürgerschaftlichen Beitrag für uns alle.

Nach meiner politischen Erfahrung ist Demokratie keine Vision einer vollkommenen Gesellschaft, sondern Demokratie ist die „Spielregel“, wie freie und wache Menschen miteinander ihre Probleme aufgreifen und die Gestaltung ihres Lebensumfeldes eigenständig in die Hand nehmen.

Wir Christen sind eigentlich noch freier, uns den Themen des Alltags in unserer Gesellschaft zuzuwenden. Denn für uns geht es nicht um die letzten, sondern lediglich um die vorletzten Dinge, um Dietrich Bonhoeffer zu zitieren. Wir brauchen keine Vollkommenheitsapostel und Vollbeschäftigungspropheten zu sein. Unsere Vision bezieht sich auf das hier und jetzt und enthält nichts anderes als das Versprechen, mit den Menschen gemeinsam und aufmerksam die Ärmel aufzukrempeln und dort als Bürger einzuschreiten, wo Gerechtigkeit leidet. Ganz konkret, in unserer Gemeinde - ob in der politischen oder in der kirchlichen Gemeinschaft. Da sein, wo es auf mich ankommt. Und das ist viel.

Ich bin in der DDR aufgewachsen. Heute mache ich die Beobachtung, dass der kommunistische Messianismus von damals in vielen Köpfen immer noch nachwirkt. So, als ob mit dem Mauerfall und der Deutschen Einheit irgendwie die vollkommene Gesellschaft hätte über uns kommen müssen. Und zwar ist „Vollkommenheit“ bei vielen Zeitgenossen lediglich im rein materiellen Sinne gemeint. Demokratische Werte wie Freiheit genießen, Solidarität gestalten, öffentlich (oder wenigstens offen) die eigene Meinung sagen, bürgerschaftlich Verantwortung übernehmen - weit verbreitet sind diese Werte nicht. Und was haben wir nicht alle 1989 hierfür gestritten! Christen und Nichtchristen - für viele Menschen verbindet sich die Erinnerung an den Herbst 1989 mit offenen Kirchen, mutigen Menschen und dem wunderbaren Erlebnis von aufblühender Demokratie.

Heute höre ich oft, „die Demokratie“ habe versagt. Ich bin geneigt zu entgegnen: Was würde Churchill dazu sagen? Demokratische Werte haben nichts gemein mit absoluten und vollendeten Gesellschaftsmodellen. Im Gegenteil. Ich erlebe die demokratischen Strukturen gerade dort am intensivsten, wo sie offen sind und Bewegung auslösen. Besonders im Kleinen. Wo frische Ideen und neue Leute nicht als Bedrohung empfunden werden, sondern Willkommen sind, und zwar tatsächlich Will-Kommen - denn dort wird Veränderung gestaltet.

Gefahren für unsere Demokratie sehe ich dort, wo die Arbeit verschwiegen wird, die wir mit ihr haben. Wo Hoffnungen geweckt werden, die im Diesseits unerfüllbar bleiben müssen. Und wo das Missverständnis nicht überwunden wird, wonach der Staat für den Einzelnen eine vollkommene Rundumversorgung in jeder Hinsicht bereitstellen müsse.

Hier steht das Einfallstor für den Rechtsextremismus offen. Denn der Einfluss, den die Führungsfiguren am braunen Rand ausüben, ist deshalb so groß, weil er auf gleichgültige und enttäuschte Menschen trifft, die ihm nicht entgegen treten. Vielmehr sind antidemokratische Einstellungen weit verbreitet. Weit verbreitet ist die Unkenntnis darüber, dass jeder einzelne Bürger eine Säule des demokratischen Staatswesens ist und es somit auf ihn tatsächlich ankommt. Denn der demokratische Staat lebt nun einmal von Voraussetzungen her, die er selbst sich nicht geben kann.

Zur Demokratie gehört Leidenschaft. Leidenschaft im wörtlichen Sinne: berührt werden, im politischen Bewusstsein geweckt werden von Ungerechtigkeiten und von gleichgültigem Verhalten. Von würdelosem Gerede und von fehlenden Vorbildern. Dieses nicht „dem System“ in die Schuhe schieben, sondern - wie Churchill - in aufrichtiger Sympathie zur demokratischen Lebenskultur die Mühen und die Langsamkeit unseres Alltags nicht verfluchen. Ich habe die Hoffnung, dass wir 20 Jahre nach der friedlichen Revolution mit Freude unseren gesellschaftlichen Alltag gestalten, dass wir Christen die Erkenntnis weiter geben, wonach in einer lebendigen Demokratie Unvollkommenheiten mitten hinein gehören und dass wir uns aufmachen für die Menschen, die uns brauchen, damit sie selbst Schritte auf dem Weg der Demokratie gehen können.

» Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. [...] Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. «

Stellungnahme der Grünen/
Bündnis 90 zum Thema
Rechtsextremismus
[gruene.de/cms/themen/rubrik/
13/13352.rechtsextremismus](http://gruene.de/cms/themen/rubrik/13/13352.rechtsextremismus)

*Thomas Ruppenthal,
Geschäftsführer der
Evangelischen Jugend Schwerin*

Eine Straßenkreuzung in Wittenburg im Landkreis Ludwigslust. Links geht es nach Hagenow, geradeaus nach Boizenburg. Rechts geht ein Pfeil ab. Aber da steht nichts. Wohin soll es da gehen? Nur Ortsansässige wissen es. Hier geht es zum „Friedensring“, einer Plattenbausiedlung von Wittenburg. Diese namenlose Abzweigung ist für mich ein Symbol für einen Stadtteil, der keine Rolle mehr spielt. Hier wohnen Familien, die schauen müssen, dass sie mit Hartz IV, Neben- und unterbezahlten Jobs, mit Akkordarbeit durchkommen. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Atmosphäre auf, die ihnen wenige Zukunftsperspektiven aufzeichnet. Dabei sind sie alles andere als dumm, an Neuem interessiert, offen im Gespräch - eigentlich der Nachwuchs, den Meck-Pom die nächsten Jahre braucht. Nur: Sie wachsen in einer Umwelt auf, die sie nur wenig fördert. Gelangweilt verbringen Kinder, Jugendliche und Erwachsene den Tag in einem Viertel, der als Treffpunkt nur den Getränkemarkt und - zum Glück - den Jugendtreff eines sozialen Trägers bereit hält.

„Wir bekommen keinen Fuß in den Friedensring rein“, erzählt uns die Gemeinendiakonin in einem ersten Gespräch. Das aber soll sich in den kommenden Monaten ändern.

Einige kirchliche Mitarbeiter regten 2007 an, ein Fest, die spätere „Wittenburger Bürgermeile“ in die Platte zu verlegen. Nach mehreren Fehlversuchen bildet sich Anfang 2008 ein bunter Trägerkreis aus Mitgliedern der Kirchgemeinde, einer Mitarbeiterin des Amtes Wittenburg, einem

sozialen Träger, der Feuerwehr, des DLRG, der Schulsozialarbeit und einer Frau, die im Friedensring einen Second Hand Laden besitzt. Mit großem Engagement wird im Mai 2008 im Stadtteil gefeiert, auch wenn es dauert, bis aus den beobachtenden Bürgern Teilnehmer des Festes werden. Eine Woche nach dem Fest steht ein Mitarbeiter des Initiatorenteams vor der Stadteilschule, packt Biertisch und Bänke aus und lädt Kinder und Jugendliche ein, mit ihm Gesellschaftsspiele zu spielen. Nebenbei fragt er Senioren und junge Eltern, was sich für sie im Stadtteil ändern müsste. „Ein Spielplatz muss her!“, sagen alle unisono.

Nach einem Jahr hat sich einiges geändert, auch wenn die Initiatoren dies für einen großen Glücksfall halten, der andernorts nicht genauso erfolgreich sein muss:

- die Christenlehre der Kirchgemeinde findet im Jugendzentrum des sozialen Trägers statt
- die Wohnungsbaugesellschaft, die Gemeinde Wittenburg, die Kirchgemeinde und der soziale Träger planen einen Spielplatz mitten im Friedensring
- und eine Kinder- und Jugendgruppe trifft sich im Winter regelmäßig in der Sporthalle in der Platte.

Die erste Frage an Pastoren in Wittenburg und Umgebung 2007 war die nach rechts orientierten Menschen und dem Stadtteil, in dem die NPD den höchsten Rückhalt hat. Aus einem „Gegen“ ist schon bald ein „Für und Mit“ geworden. Heute versuchen wir, Kinder, Jugendliche und Erwachsene des Stadtteils zu mobilisieren, mit uns einen Spielplatz zu bauen und ihn in die Verantwortung der Bewohner zu übergeben. Kinder, Jugendliche und junge Familien sind von misstrauischen Beobachtern zu neuen Freuden geworden.

Übernahme kirchlicher Ämter – Umgang mit rechtsradikalem Gedankengut im Zusammenhang mit der KGR-Wahl

*von Sebastian Kriedel, Jurist und KR
beim Oberkirchenrat in Schwerin*

Im Zusammenhang der Werbungsge- spräche bzw. der Bewerbung für die Kandidatur zur Mitarbeit im Kirchgemein- derat oder zu anderem verantwortlichen ehrenamtlichen Engagement in der Kirchgemeinde ist es zunehmend wichtig, inhaltliche Fragestellungen mit in den Blick zu bringen bzw. zu nehmen.

Nach der Kirchgemeindeordnung § 31 haben alle Kirchenältesten auch teil an der Aufgabe, Irrlehren abzuwehren und sich darum zu mühen, dass die Gebote Gottes zur Geltung kommen.

Das heißt z.B., die Unvereinbarkeit fremdenfeindlicher oder rassistischer Ideologien mit dem christlichen Zeugnis deutlich zu machen. So ist jegliches rechts- extremistisches Engagement letztendlich als Missachtung der Botschaft Jesu wahr- zunehmen. Es führt weg von Gott.

Ebenso sind Kirchenälteste gewiesen, in besonderer Weise Verantwortung für die Gestaltung der Gottesdienste mit zu über- nehmen. Im dafür Orientierung gebenden Evangelischen Gottesdienstbuch heißt eines der maßgeblichen Kriterien:

„(7) Die Christenheit ist bleibend mit Israel als dem erstberufenen Gottesvolk verbunden.“

... Durch die Klarheit ihres Christusbe- kenntnisses, daneben aber auch durch ihre Bindung an das Alte Testament und ihre Verwurzelung im jüdischen Gottes- dienst wird die christliche Kirche davor

bewahrt, sich an heidnische Kulte und Aberglauben zu verlieren. Die deutschen Kirchen stehen nach den Jahren des Holocaust in einer besonderen Schuld gegenüber den Juden. Ihnen ist ein neuer Anfang zum Dialog geschenkt worden. ...Der Gottesdienst ist ein wichtiger Ort, an dem der Berufung Israels gedacht und die bleibende Verbundenheit mit Israel zur Sprache gebracht werden soll.“ (Evan- gelisches Gottesdienstbuch - Agende der Evangelischen Kirche der Union, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Berlin 2000, Seite 16-17) Das bedeutet auch, dass der Gottesdienst nicht im Alltag der Woche durch eine antisemitische Haltung unglaubwürdig werden darf. Jeder einzelne Christ ist von seinem Glauben her gefordert, Hass und Gewalt entgegenzutreten und das fängt schon im Kleinen an.

Unsere Kirche bezeugt die bleibende Treue Gottes zu seinem Volk Israel. Sie bleibt im Hören auf Gottes Weisung und in der Hoffnung auf die Vollendung der Gottes- herrschaft mit ihm verbunden.

Diese Themen können in unserer Zeit nicht mehr außen vor bleiben. Sie gehören in die Reihe der Fragen, für die wir als Gemeinde Jesu Christi klare Positionen beschreiben müssen.

Darum ist insbesondere bei den anstehen- den Wahlen zum Kirchgemeinderat 2010 hier verstärkte Aufmerksamkeit geboten.

Wir stehen in der Verantwortung – als Einzelne und als Landeskirche

Rechtsextremismus ist kein abstraktes, fernes Problem, das uns nicht betrifft. Die Herausforderung beschränkt sich nicht auf die Aktivitäten der NPD im Schweriner Landtag, Demonstrationen und Gewalttaten. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich eine rechtsextreme Jugendkultur entwickelt, die in allen Regionen unseres Landes Fuß gefasst hat, Zustimmung zu rechtsextremen Positionen ist aber über die Generationengrenzen hinweg auch in allen anderen Alters- und Bevölkerungsgruppen anzutreffen. In den letzten Jahren sind sogar eine Reihe von Gruppen entstanden, denen die Nähe zu rechtsextremem Ideologie erst auf den zweiten oder dritten Blick anzumerken ist und die ganz konkret versuchen, uns zu ihren Handlangern zu machen.

Rechtsextremismus begegnet uns allen in unserem täglichen Leben und in unserer direkten Nachbarschaft.

In Mecklenburg-Vorpommern befürworten 16 Prozent der Bevölkerung die Einführung einer rechtsautoritären Diktatur, dieser Prozentsatz ist in keinem anderen Bundesland höher.

Für eine stärkere Ausrichtung der Politik an nationalen Interessen sprechen sich in unserem Bundesland 27,6 Prozent der Bevölkerung aus.

Vorbehalte gegenüber ‚Ausländern‘ oder Angst vor Überfremdung sind bei 32,2 Prozent vorhanden.

Das ‚Recht des Stärkeren‘ und die Unterteilung in ‚wertvolles‘ und ‚unwertes‘ Leben wird von 14,3 Prozent unterstützt. [Quelle: Friedrich Ebert Stiftung, 2008]

Oft ist es schwer, sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Die Rolle des ‚Nestbeschmutzers‘ ist unangenehm und schon die Wahrnehmung von rechtsextremen Aktivitäten kann mühsam sein. ‚Sind das denn überhaupt Rechte? Die treffen sich doch nur zum Fußball!‘ Oder man kennt die Beteiligten: ‚Nein, das ist kein Nazi, das ist doch der Sohn (Bruder, Onkel, Tante, Mutter etc.) von ...‘ Oder mancher fühlt sich selbst ein bisschen erappt: ‚Die Stammtischparolen beim letzten Stadtfest? Wir haben doch alle schon mal einen über den Durst getrunken und dann dummes Zeug geredet, dafür muss man doch nicht gleich den guten Ruf von ... zerstören.‘ Und die Sache mit dem Hakenkreuz an der Wand des Jugendclubs? ‚Das waren bestimmt welche von Außerhalb oder allenfalls ein Spaß aus jugendlichem Übermut.‘

Mitunter ist der Rechtsextremismus aber auch so gut getarnt, dass es schwer fällt, ihn zu erkennen. Viele rechtsextreme Gruppen oder Personen geben sich bewusst harmlos, um sich erst einmal ohne Gegenwehr in ihrem Umfeld verankern zu können. Erst wenn gegenseitige Sympathien und ein belastbares Gemeinschafts-

Klarheit im Reden und Handeln der Kirche

gefühl entstanden sind, beginnen sie dann für ihre Ansichten zu werben. Stoßen sie dabei auf nennenswerten Widerstand, stellen sie sich in absurder Verdrehung der Rollen plötzlich als Opfer von Verfolgung und Diskriminierung dar und suchen ganz bewusst auch bei kirchlichen Strukturen Unterstützung gegen die Angriffe. Manchmal appellieren Antisemiten und andere Menschenfeinde tatsächlich sogar an unsere tätige Nächstenliebe, um uns zu ihren Handlangern oder Leumundzeugen zu machen. Auch in einer solchen Situation, die eigene Klarheit gegen Rechtsextremismus zu bewahren, kann zu unangenehmen Reaktionen im eigenen Umfeld führen. ‚Also, dass gerade Du als Christin/als Christ dem ... das Leben so schwer machst, hätte ich nicht gedacht.‘

Wenn kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtsextreme Entwicklungen in Dorf und Stadt beobachten und öffentlich zur Sprache bringen, werden sie mit Spannungen rechnen müssen, die sogar die kirchliche Arbeit zunächst beeinträchtigen können. Sie können sich darauf verlassen, Unterstützung bei kirchlichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern und kirchlichen Gremien zu finden.

Es gibt keine Patentrezepte für den Umgang mit Rechtsextremismus, aber einige Empfehlungen, wie wir gemeinsam dazu beitragen können, eine Kultur der Aufmerksamkeit zu entwickeln. Wir können handeln!

Das Reden und Handeln der Kirche geschieht immer in der Verbindung von theologisch-biblischer Reflexion und öffentlicher Weltverantwortung, also nach innen als Selbstvergewisserung über den Weg der Kirche und nach außen als Ermutigung und Klärung. Dabei redet und handelt die Kirche als Institution und durch die mit ihr verbundenen einzelnen Menschen. Christen sind Akteure in beiden Bereichen: der Kirchgemeinde und der Bürgergesellschaft. In Folgenden wollen wir Hilfen anbieten. Die konkreten Ansprechpartner finden sie mit den nötigen Kontaktdaten im Serviceteil dieser Handreichung. Um der besseren Übersicht willen haben wir die verschiedenen Herausforderungen drei Bereichen kirchlichen Lebens zugeordnet, die aber miteinander verbunden sind:

1. Selbstvergewisserung und allgemeines öffentliches Wirken der Kirche
2. Die Kirche als Verantwortliche für Einrichtungen und Gebäude
3. Das Handeln der Christen als Akteure der Bürgergesellschaft

Selbstvergewisserung und allgemeines öffentliches Wirken der Kirche

- **Positionen überprüfen**
Auch Christinnen und Christen sind nicht automatisch gegen Vorurteile oder Intoleranz gefeit, insbesondere Antisemitismus ist auch in den Kirchgemeinden unserer Landeskirche eine Realität. Durch innerkirchliche Beratungsangebote und Projekte kann der Dialog über schwierige Fragen des menschlichen Miteinanders angeregt werden und die eigenen Positionen und Antworten selbstkritisch hinterfragt werden.
- **Demokratie lernen**
Zur Stärkung demokratischen Bewusstseins können Kirchengemeinde in ihren Kinder-, Jugend- und Erwachsenengruppen und in ihren Gremien vielfältige Lernmöglichkeiten anbieten. Echte Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Gemeinde sind dabei das wichtigste Lernfeld und können zu wertvoller Erfahrung werden.
- **Wächteramt wahrnehmen**
Die Kirchgemeinden können und sollen sich öffentlich zu politischen Fragen äußern, die im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus stehen. Das gilt sowohl grundsätzlich, als auch in konkreten Zusammenhängen.
- **Öffentlichkeit herstellen**
Für Einzelne kann es unter Umständen sehr belastend sein, rechtsextreme Vorfälle öffentlich zu machen. Kirchgemeinden könnten es sich zur Aufgabe machen, diese Rolle einzunehmen. Hilfe und Beratung finden sie bei verschiedenen Beratungsstellen.
- **Verkündigung**
In Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen können bestimmte (Jahres-)Tage genutzt werden, um rechtsextremes Denken und seine Folgen regelmäßig zu thematisieren. Anregungen hierfür erhalten Kirchgemeinden u. a. bei Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste.
- **Zeichen setzen**
Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie interkulturelle Feste, Wettbewerbe, Musikveranstaltungen etc. können Kirchgemeinden ihr Bekenntnis gegen rechtsextremes Gedankengut sichtbar machen. Die Plakataktion ‚Unser Kreuz hat keine Haken‘ lädt ebenso zur Nachahmung ein wie andere gelungene Veranstaltungen.
- **Verbündete suchen**
Die Kirchgemeinden stehen der Herausforderung durch Rechtsextremismus und anderen Formen der Ausgrenzung und des Hasses nicht allein gegenüber. An vielen Orten sind bereits Bündnisse entstanden, in denen die Gemeinden mitwirken können, an anderen Orten könnte die Initiative dazu von den Gemeinden ausgehen.
- **Unterwanderung abwehren**
Rechtsextreme Personen und Gruppen versuchen, unter dem Deckmantel von Sachthemen oder durch scheinbar soziales Engagement Zugang zu örtlichen Initiativen und Vereinen zu erhalten, um das Klima vor Ort in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie stellen sich

unter anderem als Betreuer für Jugend- oder Seniorengruppen zur Verfügung, bieten Hausaufgabenhilfe und Unterstützung bei Ämtergängen an, wollen Schutzdienste für Feste kostenlos erledigen oder treten als Sponsoren für kommunale Vorhaben auf. Kirchgemeinden sollten genau beobachten, wer ihnen Unterstützung anbietet und auch nichtkirchliche Gruppen auf die Gefahr einer Unterwanderung aufmerksam machen.

- **Ansprechpartner sein**
Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen Hilfe und Begleitung. Erste Ansprechpartner vor Ort könnten kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Beratung für die sinnvolle Gestaltung einer Erstbetreuung finden sie bei den professionellen Opferhilfen.
- **Der Angst begegnen**
Die Beschäftigung mit rechtsextremen Positionen und ganz besonders die Konfrontation mit rechtsextremen Personen oder sogar Gruppen löst Angst aus. Angesichts gewaltbereiter Menschenverächter Furcht zu empfinden, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern zeugt zunächst einmal von sensibler Wahrnehmung und klugem Realitätssinn – und doch ist es unsere Verantwortung, dieser Herausforderung entgegenzutreten. Die Arbeit für Demokratie ist so vielfältig, dass sie jedem Naturell und Temperament entsprechende Betätigungsfelder bietet. Nicht jede und jeder kann, will oder soll nur in der ersten Reihe einer Demonstration

oder auf der großen Bühne eines Festes aktiv werden, auch im Alltag und im Hintergrund braucht die Demokratie viele unterstützende Köpfe, Hände und Herzen. Menschen, die gegen Rechtsextremismus aktiv werden wollen, finden bei verschiedenen Institutionen Beratung, um die für sie geeignete Form des Engagements zu finden.

- **Vermittlung leisten**
Nach rechtsextremen Vorfällen fällt es den Verantwortlichen in den Dörfern und Städten mitunter schwer, eine gemeinsame Reaktion zu finden. Nicht selten kommt es zwischen den demokratischen Parteien aufgrund ihrer unterschiedlichen Interpretation der Ereignisse sogar zu ernststen Konflikten und gegenseitigen Schuldzuweisungen. Kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in solchen Situationen mitunter die einzigen, die von allen Beteiligten als Vermittler akzeptiert werden. Sie sollten deshalb bereit sein, bei der Gründung von runden Tischen oder Bürgerbündnissen gegebenenfalls zunächst die Koordination zu übernehmen und Kontakt zu professioneller externer Beratung vermitteln.

Die Kirche als Verantwortliche für Einrichtungen und Gebäude

→ Missbrauch kirchlicher Räume vermeiden

Rechtsextremisten mieten Veranstaltungsräume für Propagandaveranstaltungen oder versuchen, in kirchlichen Gebäuden regelmäßige Angebote für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene anzubieten. Sie erwerben oder pachten ganze Immobilien, um sie als Schulungszentren oder Wohnanlagen zu nutzen und suchen landwirtschaftliche Güter oder Flächen für rechtsextreme Siedlungsprojekte. Kirchgemeinden sollten bei Verpachtungen und Verkäufen deshalb hinreichend klären, wer ihr Verhandlungspartner ist.

→ **Gedenkstättenmissbrauch vermeiden**
Denkmäler für die Opfer der Kriege gibt es auf vielen Kirchengrundstücken. Sie werden durch Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen regelmäßig als rechtsextremistische Propagandaorte missbraucht. Durch Beteiligung bei Pflege oder Restaurierung wird teilweise versucht, Einfluss auf die Darstellung der deutschen Kriegsteilnehmer als schuldlose Helden zu nehmen. Kirchgemeinden sollten dagegen eine differenzierte Erinnerungskultur befördern, die auch Ursache und Schuld für das Leid und den Tod der deutschen Soldaten thematisiert.

→ **Schulen und Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft schützen**
Auch die Kinder rechtsextrem orientierter Eltern unterliegen der allgemeinen Schulpflicht und nur auf den ersten Blick erscheinen pädagogische Einrich-

tungen mit christlichem Profil uninteressant für solche Familien zu sein. Die staatlichen Schulen und öffentlichen Kindergärten müssen sich bereits seit längerem mit rechtsextremen Müttern und Vätern auseinandersetzen, die versuchen, die Lehrpläne zu beeinflussen, als Elternvertretungen Einfluss nehmen wollen oder den Kindern und Jugendlichen beispielsweise als ehrenamtliche Theatergruppenleiter einschlägige ‚Kulturangebote‘ nahe zu bringen. Aus diesem Grund melden rechtsextreme Eltern ihre Kinder teilweise gemeinsam an kleineren nicht-staatlichen Einrichtungen an, die noch über weniger Erfahrung mit diesen Herausforderungen verfügen.

→ Schutzorte schaffen

Jugendliche oder Erwachsene, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen oder die sich aktiv gegen diese Ideologie einsetzen, werden leicht zu Opfern von Provokationen, Beleidigungen, Einschüchterungen oder Gewalt. Kirchliche Räume sollten ausdrücklich Schutzorte für diese Menschen sein und können zum Beispiel mit Aufklebern der Aktion ‚SOS Noteingang‘ als solche kenntlich gemacht werden.

→ Räume bieten

Kirchgemeinden können Gruppen und Initiativen gegen Rechtsextremismus aktiv unterstützen und schützen, wenn sie Räume für Treffen oder Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

→ Störungen abwehren

Bei Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus muss leider mit dem Erscheinen von Störern gerechnet werden. Ziel der Rechtsextremisten ist es, den eigentlichen Zweck der Veranstaltung zu verunmöglichen, sie als Podium zur Verbreitung der eigenen Weltansicht zu nutzen oder Erkenntnisse über die Personen oder Gruppen zu gewinnen, die gegen Rechtsextremismus aktiv werden. Beratungsstellen unterstützen sie dabei, durch juristische und andere Maßnahmen vorzubeugen oder die Störungen schnell zu beenden.

Das Handeln der Christen als Akteure der Bürgergesellschaft

→ Vorfälle dokumentieren

Um Übertreibungen und falsche Anklagen ebenso zu vermeiden wie Verharmlosung und Bagatellisierung ist es wichtig, rechtsextreme Vorfälle, Schmierereien, Äußerungen etc. genau zuzuordnen und nach Möglichkeit durch Fotos oder Gedächtnisprotokolle zu dokumentieren.

→ Reaktionen anregen

Rechtsextreme Herausforderungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. In Mecklenburg-Vorpommern existieren professionelle Beratungsangebote zum Umgang mit Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen, die zum Beispiel bei der Gründung von Runden Tischen oder Bürgerbündnissen helfen können.

→ Vereinzelung vermeiden

Rechtsextremisten reagieren auf Widerstand mit Bedrohung, Einschüchterung und Gewalt. Deswegen ist es wichtig, eine starke Exponierung einzelner Personen zu vermeiden und statt dessen im Namen von Gruppen oder Initiativen gegen den Rechtsextremismus zu agieren.

→ Eltern beistehen

Noch immer versuchen rechtsextreme Gruppen gezielt, Jugendliche durch Freizeitangebote oder Propagandaaktionen im Umfeld von Schulen für sich zu interessieren. Eltern sollten dabei unterstützt werden, Anwerbungsversuche zu erkennen und frühzeitig thematisieren zu können. Eltern, Geschwister und andere Angehörige von Kindern und Jugendlichen, die bereits im Einflussbereich rechtsextremer Gruppen sind, brauchen besonderen Beistand und professionelle Unterstützung, um die quälende Situation angesichts der Veränderung des eigenen Kindes ertragen und den rechtsextremen Vereinnahmungsversuchen aktiv begegnen zu können.

→ Schulen und Kitas unterstützen

Für Schulen existieren eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote, um das Schulklima demokratischer zu gestalten, rechtsextreme Ideologie im Unterricht zu behandeln oder demokratische Grundwerte zu erproben.

Nicht wenige Rechtsextremisten, die als Jugendliche diese Ideologie

übernommen haben, sind inzwischen selbst Eltern und erziehen ihre Kinder dementsprechend. Häufig engagieren sich diese Eltern in den Elternvereinen der Schulen oder engagieren sich ehrenamtlich bei Klassenausflügen, als Theaterleiter etc. Auch in diesen Fällen bieten die Beratungsangebote Hilfe und Unterstützung.

→ Vereine stärken

Vereine oder andere Strukturen, in denen Menschen aller Alters- und Bevölkerungsgruppen zusammenkommen, müssen damit rechnen, von eigenen Mitgliedern mit rechtsextremen Positionen konfrontiert zu werden. Sportvereine sind ebenso betroffen wie freiwillige Feuerwehren oder Schrebergartenkolonien. Bei den Beratungsstellen finden Vereine Beratung und juristische Hinweise zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern.

→ Betriebe unterstützen

Auch in Betrieben werden zunehmend Rechtsextremisten aktiv, die im kollegialen Gespräch für ihre Weltsicht werben oder sogar zu Betriebsratswahlen antreten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein Beratungsteam für Betriebe zusammengestellt, um dem entgegen zu treten.

→ Eigene Kompetenzen erweitern

Wer gegen Rechtsextremismus eintritt, plumpen Parolen widersprechen oder verdächtige Vorfälle zutreffend bewer-

ten will, kann schnell an seine Grenzen geraten. Die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind ebenso vielfältig, wie die Herausforderungen die davon ausgehen. Es ist für Laien kaum möglich, hinsichtlich der Organisationsstrukturen oder verwendeten Symbole, der Musikrichtungen oder Kleidungsstile, auf dem Laufenden zu bleiben. Spontane Reaktionen auf rechtsextreme Provokationen können in bedrohlichen Konfrontationen münden, die bei vielen Sprachlosigkeit und Angst auslösen. Niemandem ist gedient, wenn einzelne sich in der Auseinandersetzung überfordern und sich deshalb irgendwann frustriert zurückziehen. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird uns noch einige Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, beschäftigen, und wir werden dafür einen langen Atem benötigen.

Wer sich dauerhaft gegen Rechtsextremismus engagieren will, sollte die Fortbildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen, die von vielen Stellen kostenlos durchgeführt werden. Einige Beispiele aus der Fülle der Angebote: Es gibt Informationsveranstaltungen über Strukturen, Strategien und Ziele des Rechtsextremismus oder seine einschlägige Jugendkultur; in Trainings können sinnvolle Reaktionen auf rechtsextreme Parolen und der Umgang mit Angst und Unsicherheit erprobt werden; im Fachaustausch können neue Handlungsmöglichkeiten in der Jugendarbeit kennen gelernt werden.

» Wir kommen aus Verbänden, Vereinen, Kirchen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kammern, der Kultur, den Medien, dem Sport, den Schulen und Hochschulen, der Verwaltung, dem Parlament, den Parteien - und sehr häufig einfach von nebenan. Zu uns gehören Schüler, Auszubildende, Arbeitnehmer und Unternehmer, aber auch Menschen, die zurzeit keine Arbeit haben und Rentner. Wir sind Frauen und Männer, ältere und junge Leute, wenig bekannte oder auch prominente Menschen. Wir unterscheiden uns in vielen Dingen und doch haben wir eines gemeinsam: Wir alle leben gern in Mecklenburg-Vorpommern und sind stolz auf unser Land! Wir alle achten den jeweils anderen und respektieren Unterschiede. «

wir. Erfolg braucht Vielfalt, Landesinitiative zur Demokratieförderung, www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de



ache / fotojournalist.de

Liebe Schwestern und Brüder,

„auf alles waren wir vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete“, lässt Erich Loest in seinem Roman „Nikolaikirche“ einen Stasi-Offizier sagen. In diesem Jahr jährt sich die friedliche Revolution von 1989 zum 20. Mal. Dankbar erinnern wir uns an den Mut, mit dem seinerzeit so viele Menschen für Freiheit und Demokratie eingetreten sind.

Mit Besorgnis nehmen wir allerdings zur Kenntnis, dass die Werte des menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens, für die wir uns 1989 eingesetzt haben, erneut gefährdet sind. 2009 ist ein Wahljahr. Neben der Europawahl und der Bundestagswahl werden in jedem Dorf und jeder Stadt am 7. Juni 2009 Vertreterinnen und Vertreter für die kommunalen Parlamente neu gewählt. Es macht uns Sorge, dass mit der NPD eine Partei antritt, die eine menschenverachtende Ideologie der prinzipiellen Ungleichwertigkeit von Menschen vertritt. Diese Partei will die mit großem Einsatz 1989 erkämpften Bürger- und Menschenrechte und die sehr

vielfältigen und unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten jedes Einzelnen in unserem demokratischen Gemeinwesen wieder abschaffen. Mit dem christlichen Menschenbild, dass Gott alle Menschen in ihrer unantastbaren Würde als seine Geschöpfe mit gleichen Rechten versehen hat, und dem Bemühen der christlichen Kirchen um ein tolerantes Zusammenleben in Freiheit und Verantwortung sind diese Anschauungen nicht zu vereinbaren.

Als Kirchen haben wir uns immer wieder nachdrücklich für eine Kultur eingesetzt, die Verschiedenheit von Menschen nicht als Bedrohung empfindet, ausgrenzendes Denken überwindet und vielfältige Lebensweisen ermöglicht.

Wir möchten Sie daher dringend bitten, auch im Wahljahr 2009 Ihre Verantwortung als Christinnen und Christen wahrzunehmen und sich in Ihrem persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld auf den Weg zu machen, um für Ihr Dorf und Ihre Stadt das Beste zu suchen.

Das könnte konkret bedeuten, dass Sie
 → am 7. Juni 2009 Ihr Wahlrecht ganz bewusst wahrnehmen und auch andere motivieren, zur Wahl zu gehen
 → sich in Ihrer Familie, mit Ihren Nachbarn und in Ihrer Kirchengemeinde über die zunehmenden Gefahren extremistischer politischer Anschauungen austauschen
 → sich mit anderen Menschen in Ihrem Ort zusammentun und eine demokratische Öffentlichkeit herstellen
 → selbst Verantwortung im Bereich der kommunalen Politik übernehmen und sich im Rahmen der demokratischen Angebote auf die eine oder andere Weise zur Wahl stellen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass nie wieder Verhältnisse eintreten, die zahlreiche Menschen ins Verderben geführt und Verbrechen an Menschen zugelassen haben. Dafür tragen wir Verantwortung.

*Schwerin, Greifswald und Berlin
 im Februar 2009*

Gezeichnet:

*Dr. Hans-Jürgen Abromeit
 Bischof Pommersche Ev. Kirche*

*Pastorin Kathrin Oxen
 Ev.-ref. Kirche in Mecklenburg-Bützow*

*Georg Kardinal Sterzinsky
 Erzbischof von Berlin*

*Dr. Werner Thissen
 Erzbischof von Hamburg*

*Dr. Andreas v. Maltzahn
 Landesbischof Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs*

*Weihbischof Norbert Werbs
 Erzbischöfliches Amt Schwerin*

Der/die ideale Gemeindevertreter/in

erstellt von Dr. Maria Pulkenat (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung Mecklenburg, Güstrow)

Wählen Sie die drei Eigenschaften aus, die für Sie am wichtigsten sind. Welche Eigenschaft ist Ihnen am unwichtigsten?

- korrekt gekleidet sein (Anzug oder Kostüm)
- gut zuhören können
- hohe Bildung, am besten Hochschulstudium
- gut reden können
- einen eigene Meinung haben
- sich begeistern können
- dem Gemeinwohl verpflichtet sein
- andere Meinungen ernst nehmen
- eine Sache auf den Punkt bringen können
- offen sein für Anliegen der Bürger/innen
- Humor haben
- sich mit Verwaltungsrecht auskennen
- sachlich bleiben

Diskutieren Sie Ihre Auswahl untereinander.

Zum Stuttgarter Schuldbekennnis: Gestaltung eines Jugendabends/einer Konfirmandenstunde/eines Gemeindeabends

erstellt von Wolfgang von Rechenberg (AG TEO beim Amt für Kinder- und Jugendarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs, Schwerin)

Am 19. Oktober 1945 war es soweit: Die Evangelische Kirche fand ihre Sprache wieder und stand mit dem Stuttgarter Schuldbekennnis zu ihrer eigenen „Solidarität der Schuld“. Dabei fragte sie selbstkritisch nach dem Zusammenhang von Mut und Gebet, von Glaube und Liebe: „wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“. Dieses vierfache Eingeständnis des Versagens ist verbunden mit der entschiedenen Absicht, deutlich auf Gottes Wort zu hören und dem „Geist der Macht und Vergeltung“ zu widerstehen. Es lohnt sich für uns heute, den Bogen zu schlagen von den unmittelbaren Erfahrungen aus entsetzlichem Leiden und bedrückender Mitschuld über die Orientierung an Gottes Wort bis hin zum Handlungsbedarf in unserer Zeit. Die christlich verankerte Auseinandersetzung mit radikalen Parolen und rechtsextremistischen Haltungen kann sich auf die jüngere Geschichte unserer Kirche und unserer Gemeinden beziehen und dabei folgern: Wer mutig glaubt und im Gebet die Kraft zur Liebe sucht, der ist auf den Kampf gegen Dummheit und Menschenverachtung vorbereitet.

Die Stuttgarter Schulderklärung

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüßt bei seiner Sitzung am 18. und 19. Oktober 1945 in Stuttgart Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen. Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volk nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Länder und Völker gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. [...]

*Stuttgart, den 19. Oktober 1945
Landesbischof D. Wurm
Pastor Niemöller D. D.
Landesbischof D. Meiser
Landesoberkirchenrat Dr. Lilje
Bischof D. Dr. Dibelius
Superintendent Held
Superintendent Hahn
Pastor Lic. Niesel
Pastor Asmussen D. D.
Dr. Dr. Heinemann*

Für die Arbeit mit Kirchenältesten und Gemeindegruppen mit Jugendlichen, Eltern oder Älteren eignet sich das Stuttgarter Schuldbekennnis in mehrfacher Weise:

1. Ein Abend zum Thema „Inwieweit können wir einlösen, was Christen unmittelbar nach dem sog. Zusammenbruch für so wichtig hielten: dem „Geist des Friedens und der Liebe“ zur Geltung zu verhelfen und in die konkrete Auseinandersetzung der eigenen Zeit einzubringen.

Als Methode eignet sich die Gegenüberstellung der Wortgruppen:

Bekennen:	Einmischen - Schweigen/ Wegsehen
Beten:	Klarheit - Heuchelei (oder: Selbstbehauptung - Mitleiden)
Glauben:	Vertrauen - Sicherheitsdenken
Lieben:	Mitgefühl - Gleichgültigkeit

Sie sind auf großen ausgelegten Flipchart-Blättern aufgeschrieben und ermöglichen das schweigende Dazu-Schreiben von Assoziationen, Fragen, Beispielen (12 Minuten) mit einer anschließenden Diskussion in Zweiergruppen (24 Minuten) und abschließend im Plenum mit der ganzen Gruppe (40 Minuten).

Eine kurze Meditation mit Gedankengängen zu „wir geben uns gegenseitig Ermutigung - wir empfangen die Verheißung des Gebetes - wir ringen um die Vergewisserung des Glaubens - wir feiern das Wagnis der Liebe“ rundet den Abend ab und geht mit dem Entzünden von vier Lichtern und einem Moment der Stille zu Ende.

2. **Eine Unterrichtsstunde** zur Stuttgarter Schulderklärung mit einem Arbeitsblatt des Textes für jeden - der Ausdruck wird mit zweifachem Zeilenabstand angefertigt.

Zunächst markiert jeder für sich (7 Minuten) farbig die wichtigsten Textstellen und ergänzt kurze Kommentare:

rot - ich stimme zu/das finde ich wichtig weil ...

grün - hier bin ich skeptisch/ich frage mich, wie das gehen kann, wenn ...

blau - hier bin ich anderer Meinung und möchte ergänzen oder ersetzen: ...

Anschließend Diskussion in vier Gruppen (12 Minuten): an welchen Stellen kann sich mein Mut bewähren / lohnt es sich zu beten / ist es eine Alternative zu glauben / hat die Liebe eine Chance (in jeder Gruppe eines der Themen). Danach Vorstellung der Gesprächsergebnisse (Thesen, offene Fragen, Provokationen ...) im Gruppenplenum und Diskussion darüber (18 Minuten).

Abschließend die Kurzvorstellung eines Lebensbildes, z. B. Janusz Korczak oder Schindler in Korrespondenz zum Text des Stuttgarter Schuldbekennnisses.

3. **Ein Nachmittag** zum Thema: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“ (Dieser Satz ist gut lesbar im Raum sichtbar gemacht. Eine Kopie des Schuldbekennnisses liegt für jeden Teilnehmer bereit.)

Vier Impulsfragen werden vorbereitet:
 → Was bedeutet es für mich persönlich, mutig aufzutreten/zu bekennen?
 → Was bedeutet es für mich, zu beten oder ein Gebet zu hören?
 → Wie erlebe ich es zu glauben und zu zweifeln?
 → Was bedeutet es für mich, den Maßstab der Liebe zu leben?

Jeweils eine dieser Fragen ist auf einem großen Flipchartpapier aufgeschrieben und im Raum ausgelegt - die Teilnehmenden gehen durch den Raum und verweilen bei einer oder mehreren Fragen und tauschen sich dazu mit den Menschen aus, die sie an der jeweiligen Frage treffen (15 Minuten). Im Plenum werden dann Hinweise, Alltagsbezüge und weiterführende Fragen behandelt (15 Minuten). In Vierergruppen arbeiten die Teilnehmenden (20 Minuten) zu einem selbst gewählten Thema aus der folgenden Aufstellung:
 Was ist förderlich/was ist für mich hinderlich,
 → um Mut zu entwickeln bzw. mutig aufzutreten?
 → um Freiräume für ein Gebet zu eröffnen?
 → um meine Glaubensgewissheit zu reflektieren und zu stärken?
 → um Liebe zum Leitbild meines Handelns werden zu lassen?

Evtl. schließt sich die Kurzpräsentation im Gruppenplenum an. Abschluss mit einer Meditation (zum Zusammenhang von Mut - Glaube - Liebe - Gebet) oder einem meditativ gelesenen Psalm.

Praxisbaustein zur Demokratiebildung für die Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen

erstellt von Heike Habeck und Elisabeth Siebert
 (Regionalzentrum für demokratische Kultur,
 Bad Doberan)

1. Demokratie ist für mich ...

→ Zitate zur Demokratie werden jeweils auf ein großes Blatt geschrieben und im Raum verteilt. Alle Teilnehmenden suchen sich das Zitat heraus, das sie besonders anspricht.

„Demokratie ist, wenn die Menschen anfangen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ (Unbekannt)

„Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.“ (Winston Churchill)

„Der Geist der Demokratie kann nicht von außen aufgepfropft werden. Er muss von innen heraus kommen.“ (Mahatma Gandhi)

„Durch Ruhe und Ordnung kann die Demokratie ebenso gefährdet werden wie durch Unruhe und Unordnung.“ (Hildegard Hamm-Brücher)

„Demokratie heißt Entscheidung durch die Betroffenen.“ (Carl Friedrich von Weizsäcker)

„Demokratie schließt das Recht auf Fehler ein.“ (Benjamin Barber)

„Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.“ (Mahatma Gandhi)

„Wer in seinem Land die Demokratie voran bringen will, sollte nicht auf die Erlaubnis dafür warten.“ (Brülent Ecevit)

„Diktaturen sind Einbahnstraßen. In Demokratien herrscht Gegenverkehr.“ (Albert Moravia)

Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen.“ (John F. Kennedy)

„Die Demokratie ist unser wertvollstes Gut. Sie zu erhalten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Das bedeutet ein ständiges, entschiedenes, selbstbewusstes Auseinandersetzen, Anstrengung und Mühen um Kompromisse und dauerhaften Konsens. Dies sind Grundbedingungen der einzigen politischen Ordnung, die Freiheit garantieren kann.“ (Wolfgang Thierse)

„Jede demokratische Gesellschaft, die ihre Konflikte nicht austrägt, sondern durch Verbotserlasse konserviert, hört auf, demokratisch zu sein, noch bevor sie beginnt, Demokratie zu begreifen.“ (Günter Grass)

„Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“ (Richard von Weizsäcker)

„Des Menschen Sinn für Gerechtigkeit macht Demokratie möglich. Seine Neigung zur Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig.“ (Reinhold Niebuhr)

„Das Schnecken tempo ist das normale Tempo jeder Demokratie.“ (Helmut Schmidt)

„Die Kirche ist keine Demokratie, weil sie einen Herrn hat.“ (Martin Niemöller)

„Demokratie heißt die Wahl haben. Diktatur heißt, vor die Wahl gestellt werden.“ (Jeannine Luczak)

„Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“ (Heinz Galinski)

„So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“ (Willy Brandt)

„Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern vor allem eine spezifische Form des Zusammenlebens.“ (John Dewey)

→ Die Teilnehmenden stellen ihr gewähltes Zitat vor und erläutern, was Demokratie für sie bedeutet.

2. Demokratie ist für uns ...

(Arbeiten in kleinen Gruppen oder in der großen Runde möglich.)

→ Leitfragen:

Haben alle die gleichen Vorstellungen von Demokratie?

Was ist besonders wichtig in einer Demokratie?

Was müssen verbindliche Grundregeln sein, damit eine Demokratie funktioniert?

→ Die in der Diskussion gefundenen ‚Grundregeln‘ werden jeweils einzeln aufgeschrieben.

→ Die Gruppe legt gemeinsam eine Reihenfolge der Wichtigkeit der ‚Grundregeln‘ fest und sortiert sie dementsprechend.

3. Demokratie ist für unsere Gesellschaft ...

→ Verschiedene Formen von Gesellschaftsregeln werden vorgestellt, diskutiert und verglichen.

→ Vorschläge:

Die Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland:

- Schutz der Menschenwürde
- Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Freiheit der Person, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
- Gleichheit aller Menschen

- Glaubens- und Gewissensfreiheit
- Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, Freiheit der Kunst und Wissenschaft
- Schutz der Ehe, Familie, Kinder
- Recht auf Bildung/Schulwesen
- Versammlungsfreiheit
- Vereinigungsfreiheit
- Brief- und Postgeheimnis
- Freizügigkeit
- Freiheit der Berufswahl
- Unverletzlichkeit der Wohnung
- Eigentumsrechte
- Asylrecht
- Petitionsrecht

Die zehn Gebote

- Du sollst keine fremden Götter neben mir haben.
- Du sollst dir kein Bildnis machen.
- Du sollst den Namen Gottes nicht missbrauchen.
- Gedenke, dass du den Sabbat heiligst.
- Du sollst Vater und Mutter ehren.
- Du sollst nicht morden.
- Du sollst nicht ehebrechen.
- Du sollst nicht stehlen.
- Du sollst kein falsches Zeugnis geben.
- Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau und Haus.

Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten (Quelle ‚Weltethos‘):

- Wenn wir ein Recht auf Leben haben – dann haben wir die Pflicht, Leben zu respektieren.
- Wenn wir ein Recht auf Freiheit haben – dann haben wir die Pflicht, die Freiheit anderer Menschen zu respektieren.
- Wenn wir ein Recht auf Sicherheit haben – dann haben wir die Pflicht, die Bedingungen für jeden Menschen zu schaffen, die menschliche Sicherheit zu genießen.
- Wenn wir ein Recht zur Teilnahme am politischen Geschehen unseres Landes und zur Wahl unserer politischen Führung haben – dann haben wir die Pflicht, daran teilzunehmen und sicherzustellen, dass die beste

Führung gewählt wird.

- Wenn wir ein Recht haben, unter gerechten und günstigen Bedingungen zu arbeiten, um uns und unseren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen – dann haben wir auch die Pflicht, dem unseren Fähigkeiten entsprechend bestmöglichst nachzukommen.
- Wenn wir ein Recht haben auf Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit – dann haben wir auch die Pflicht, die Meinungen oder religiösen Prinzipien anderer zu respektieren.
- Wenn wir ein Recht haben auf Ausbildung – dann haben wir auch die Pflicht, so viel, wie es unsere Fähigkeiten erlauben, zu lernen und wo möglich unser Wissen und unsere Erfahrung mit anderen zu teilen.
- Wenn wir ein Recht haben, aus dem Ertrag der Erde Nutzen zu ziehen – dann haben wir die Pflicht, die Erde und ihre natürlichen Ressourcen zu achten, uns um sie zu kümmern und sie zu erneuern.

→ Leitfragen:

Welche Themen tauchen immer wieder auf, wo gibt es Unterschiede und warum?

Was ist für mich das wichtigste Gebot, das wichtigste Recht, die wichtigste Pflicht? Wie ist das für meinen Nachbarn bzw. die anderen in der Runde? Können wir uns einigen?

4. Demokratie ist für unsere Gruppe ...

→ Auf Grundlage der eigenen ‚Grundregeln‘ aus Schritt 2 und der wichtigsten/überzeugendsten Gesellschaftsregeln aus Schritt 3 legt die Gruppe gemeinsame Regeln für sich fest, die für die Dauer der Zusammenarbeit gelten sollen. Die Regeln werden aufgeschrieben und gut sichtbar aufgehängt.

Wichtig: Sollten neue Personen zu der Gruppe dazu kommen sollten diesen die Regeln nicht einfach aufgezungen werden, sondern auch mit ihnen erneut verhandelt werden.

» Es ist daher nötig, bürgerschaftliches Engagement zunehmend als Chance zu erkennen, etwas über sich selbst zu lernen, sich weiterzubilden und die eigenen Kompetenzen zu erweitern. «

Ministerpräsident Erwin Sellering:
Eine stabile Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft.
in: Mathias Brodtkorb und Volker Schlötmann: Provokation als Prinzip. 2008. Seite 198f

ADRESSEN

Es steht in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen ein umfangreiches Unterstützungs- und Beratungsangebot zur Verfügung, um rechtsextremen Positionen und Tendenzen, Personen und Gruppen erfolgreich entgegenwirken zu können.

Niemand muss sich dieser Herausforderung allein stellen.

Beratung und Unterstützung zum Thema Rechtsextremismus

vor Ort

In fünf Regionalzentren für demokratische Kultur erhalten Sie kostenlos und vertraulich Beratung und Unterstützung zu allen Aspekten der Demokratieförderung und insbesondere zum Umgang mit Rechtsextremismus. Gerne vermitteln die Regionalzentren auch den Kontakt zu allen anderen regionalen und überregionalen Unterstützungsangeboten.

Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan - Güstrow - Rostock
Beethovenstraße 19
18209 Bad Doberan
☎ Tel. 038203 - 734 291
baddoberan@regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte
Friedrich-Engels-Ring 48
17033 Neubrandenburg
☎ Tel. 0395 - 563 887
info@cjd-rz.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Nordvorpommern - Rügen - Stralsund
Carl-Heydemann-Ring 55
18437 Stralsund
☎ Tel. 03831 - 282 584
stralsund@regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Süd-vorpommern
Steinstraße 10
17389 Anklam
☎ Tel. 03971 - 244 92-11 / -12 / -13 / -14
suedvorpommern@raa-mv.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg
Alexandrinenplatz 7
19288 Ludwigslust
☎ Tel. 03874-570 220
westmecklenburg@raa-mv.de

im Internet

Dwww.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
Der Verein ‚Gegen Vergessen - Für Demokratie‘ bietet hier Beratung an.

Spezifische Beratung und Unterstützung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

Die Opferberatung LOBBI e.V. hilft Betroffenen, Angehörigen, Zeuginnen und Zeugen.

Lobby Ost
Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
☎ Tel. 0395 - 45 507 18 oder 0160 - 84 42 189
ost@lobbi-mv.de

Lobby West
Hermannstraße 35
18055 Rostock
☎ Tel. 0381 - 200 93 77 oder 0170 - 528 29 97
west@lobbi-mv.de

für Eltern und andere Angehörige



Eine Liste regionaler und überregionaler Beratungsstellen für Eltern und andere Angehörige von Personen in der rechtsextremen Szene finden Sie unter www.lichtblicke-elternprojekt.de im Internet. Eine Informationsbroschüre für Angehörige können Sie bei der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern erhalten.

Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern
Am Ziegenmarkt 4
18055 Rostock
☎ Tel. 0381 - 25 22 430
info@ev-akademie-mv.de

zum Ausstieg aus der rechten Szene

Menschen, die sich von der rechtsextremen Szene lösen wollen, finden Beratung und praktische Unterstützung bei EXIT.

EXIT-Deutschland
Postfach 040 324
10062 Berlin
☎ Tel. 0173 - 97 38 386
www.exit-deutschland.de

für Kommunen

Die Regionalzentren für demokratische Kultur bieten den Strukturen der kommunalen Verwaltung, Institutionen, Schulen, Betrieben, Kirchen, Vereinen, Verbänden, politischen Parteien, Initiativen und Einzelpersonen kostenlose und vertrauliche Beratung und Unterstützung zur Demokratieförderung und insbesondere gegen Rechtsextremismus an.

→ **Krisenintervention:** Beratung bei rechtsextremen Tendenzen und Vorfällen

→ **Analyse und Recherche:** Demokratiefreundliche Handlungen und Gruppen zutreffend einordnen, Gefahrenpotentiale bewerten

- **Fortbildungen:** Demokratieförderung und Rechtsextremismus
- **Planungshilfe:** Interessen klären, Ziele bestimmen, Maßnahmen planen
- **Begleitung:** Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen
- **Demokratiepädagogik:** Beratung und Fortbildung für Kita und Schule
- **Akteursbildung:** Fortbildung und Unterstützung für politisch Aktive
- **Rechtsauskünfte:** Umgang mit rechts-extremen Aktivitäten, wie z.B. Unterwanderung von Gremien, Raumanmietungen, Veranstaltungsstörungen
- **Kontaktvermittlung:** Opferhilfe, Rechtsberatung, Polizei, Behörden, Bildungsanbieter
- **Mediation:** Unterstützung, um Konflikte konstruktiv zu lösen

Das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Einrichtung und Arbeit kommunaler Präventionsräte und stellt Fördermittel für kommunale Präventionsmaßnahmen zur Verfügung.

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
 Armin Schlender (Geschäftsführer)
 Alexandrinenstraße 1
 19048 Schwerin
 ☎ Tel. 0385 - 588-24 60
 lfk@kriminalpraevention-mv.de

für Schulen

Die **Schulämter** bieten Beratung und Unterstützung zur Demokratieförderung in Schulklima und Unterricht an und vermitteln den Kontakt zu vielfältigen Partnern, die z.B. Projektstage und -wochen anbieten oder längerfristige Projekte in Schulen begleiten.

Schulamtsbezirk Greifswald

Peter Dargatz
 ☎ Tel. 03834 - 59 580
 peter.dargatz@gmx.de

Schulamtsbezirk Neubrandenburg

Dr. Jörg Mense
 ☎ esnem@alice-dsl.de

Schulamtsbezirk Rostock

Maria Renata Fretwurst
 ☎ Tel. 038202 - 36 116
 m.fretwurst@rsg-roev.de

Schulamtsbezirk Schwerin

Stefanie Kohlmann
 ☎ Tel. 03883 - 66 105
 stefanie@web.de

Die **Regionalzentren für demokratische Kultur** bieten Kitas und Schulen Beratung zur Demokratiepädagogik und insbesondere zum Umgang mit rechtsextremen Tendenzen, Äußerungen, einschlägiger Kleidung etc. Sie bieten Unterstützung durch Fortbildung sowie Fachberatung und vermitteln Konzepte, Materialien, Finanzierungen und Kooperationen.

Die beiden evangelischen Landeskirchen führen in Kooperation mit dem Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit Schulen verschiedene Maßnahmen zur Demokratieförderung, wie z.B. die Tage ethischer Orientierung (TEO), durch.

Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburg

Wolfgang v. Rechenberg
 ☎ Tel. 03835 - 59 038 168
 w.rechenberg@evjume.de

Pommersche Evangelische Kirche

Dr. Eberhard Buck
 ☎ Tel. 03834 - 89 63 115
 buck-ejp@pek.de

für Kirchgemeinden

Wenn kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtsextreme Entwicklungen zur Sprache bringen, werden sie mit Spannungen rechnen müssen, die sogar die kirchliche Arbeit zunächst beeinträchtigen können. Sie können sich darauf verlassen, Unterstützung bei kirchlichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern und kirchlichen Gremien zu finden. Auch in allen Rechtsfragen erhalten Sie Unterstützung durch die kirchenleitenden Gremien.

Oberkirchenrat der

Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburg

Münzstraße 8-10
 19055 Schwerin
 ☎ Tel. 03 85 - 51 85-0
 Fax 03 85 - 51 85-170
 okr@ellm.de

Konsistorium der

Pommerschen Evangelischen Kirche

Bahnhofstraße 35/36
 17489 Greifswald
 ☎ Tel. 03834 - 554-6
 Fax 03834 - 554-799
 konsistorium@pek.de

Zur demokratiefördernden Gestaltung der **Jugendarbeit** erhalten Sie Beratung durch die Ämter für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (AKJ) und die Jugendbildungsreferenten der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern.

AKJ Schwerin

Bischofstr. 4
 19055 Schwerin
 ☎ Tel. 0385 - 59 038 116
 info@evjume.de
 www.evjume.de

AKJ Greifswald

Karl-Marx-Platz 15
 17489 Greifswald
 ☎ Tel. 03834 - 89 63-111 oder -113
 info-ejp@pek.de
 wiesenberg-ejp@pek.de

Evangelische Akademie

Mecklenburg-Vorpommern

Am Ziegenmarkt 4
 18055 Rostock
 ☎ Tel. 0381 - 25 22 430
 info@ev-akademie-mv.de

Die Arbeitsgemeinschaft ‚Tage ethischer Orientierung (TEO)‘ ist ein kooperatives **Bildungskonzept** in Mecklenburg-Vorpommern zwischen den Kirchen, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den Schulen des Landes. TEO hat sich zum Ziel gesetzt, durch gemeinsames Handeln zwischen verschiedenen Bildungspartnern an einer Kultur des beziehungsreichen Aufwachsens für Kinder und Jugendliche mit zu wirken. Verschiedene Veranstaltungsformate bieten Chancen, die Alltagssituationen von Kindern und Jugendlichen zu reflektieren und orientierende Lebenshilfe zu entwickeln.

AG TEO im Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Hanni Gruttmann
Bischofstr. 4
19055 Schwerin

☎ Tel. 0385 - 59038-116
info@teoinmv.de

Die **Regionalzentren für demokratische Kultur** unterstützen Kirchgemeinden durch Beratung und Fortbildung. Die beiden Zentren Bad Doberan - Güstrow - Rostock und Nordvorpommern - Rügen - Stralsund arbeiten in kirchlicher Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern.

Auch Christinnen und Christen sind nicht automatisch gegen **Vorurteile** oder Intoleranz gefeit, insbesondere Antisemitismus ist auch in den Kirchgemeinden unserer Landeskirche eine Realität. Verschiedene kirchliche Projekte unterstützen die Gemeinden bei der Auseinandersetzung

mit den schwierigen Fragen des menschlichen Miteinanders und bei der selbstkritischen Hinterfragung der eigenen Positionen und Antworten. Nähere Informationen erhalten Sie bei

Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung (EEFB)

Domplatz 13
18273 Güstrow

☎ Tel. 03843 - 68 64 79
eae-guestrow@t-online.de

für Vereine und Verbände

Für Vereine hat die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V., eine praxisnahe Broschüre zum Umgang mit rechtsextremistischen Mitgliedern herausgegeben. Sie enthält neben Erfahrungsberichten auch vereinsrechtliche Hinweise zur Verweigerung der Mitgliedschaft, zum Ausschluss von Mitgliedern, Satzungsänderungen etc.

RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Am Melzer See 1
17192 Waren (Müritz)

☎ Tel. 03991 - 66 960
info@raa-mv.de

Für die Präventionsarbeit gegen Gewalt und Rassismus im **Amateurfußball** hat der Landespräventionsrat Mecklenburg-Vorpommern eine Broschüre zusammengestellt. Sie kann unter www.amballbleiben.org/media/news/2007/pdf/impulse_juli_2007.pdf heruntergeladen oder bestellt werden bei

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung

Alexandrinestraße 1
19048 Schwerin

☎ Tel. 0385 - 588-24 60
lfk@kriminalpraevention-mv.de
www.kriminalpraevention-mv.de

Fußballvereine erhalten durch das Fanprojekt Rostock Beratung zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Fans und Spielern sowie Hinweise für die Gestaltung der Fanarbeit.

AWO Fanprojekt Rostock

Tschaikowskistr. 43
18069 Rostock

☎ Tel. 0381 - 85 79 309 oder 0176 - 25 618 003
fanprojekt@awo-rostock.de

für Freiwillige Feuerwehren

Die Feuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich in der Kampagne „Feuerwehren für Demokratie und Toleranz“. Auch die Jugendfeuerwehr des Landesfeuerwehrverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. ruft alle Freiwilligen Feuerwehren auf, in Dörfern und Städten für die Werte der Feuerwehr und den Schutz eines jeden Menschen einzutreten.

Landesfeuerwehrverband

Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Bertha-von-Suttner-Straße 5
19061 Schwerin

☎ Tel. 0385 - 30 31-800
info@landesfeuerwehr-mv.de
www.verbundnetz-fuer-demokratie-und-toleranz.de

für Betriebe

Das Betriebliche Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern (BBT) ist ein Projekt des DGB-Nord und unterstützt Betriebe bei der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Ideologien.

Betriebliches Beratungsteam

Mecklenburg-Vorpommern (BBT)

Dr.-Külz-Str. 18
19053 Schwerin

☎ Tel. 0385 - 75 82 618
schwerin@bbt-mv.de

zum Thema Frauen und Rechtsextremismus

Das Projekt „Lola für Lulu“ im Landkreis Ludwigslust richtet sich an Mädchen und Frauen, um sie darin zu bestärken, sich für lebendige Demokratie in ihrer Region einzusetzen. Frauen und Mädchen, die Teil der rechtsextremen Szene sind, langfristig aber aussteigen möchten, können durch das Projekt Unterstützung erfahren. Darüber hinaus erhalten Sie hier Informationen zum Thema Frauen in der rechtsextremen Szene.

Amadeu Antonio Stiftung

Alexandrinienplatz 7

19288 Ludwigslust

☎ Tel. 03874 - 57 02 225 oder 0160 - 74 74 019
info@lola-fuer-lulu.de
www.lola-fuer-lulu.de

FÖRDERMÖGLICHKEITEN

Projekte und Veranstaltungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und für ein demokratisches Miteinander können finanziell unterstützt werden. Eine Auswahl wichtiger Partner zur Förderung solcher Projekte wird hier benannt.

Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung ist eine private Stiftung, die Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und für demokratische Kultur fördert. Auf der Homepage der Amadeu Antonio Stiftung findet sich alles über Förderpraxis, geförderte Projekte, Partner und aktuelle Aktivitäten.

📄 www.amadeu-antonio-stiftung.de



Förderprogramm „jugend aktiv!“ der Stiftung Demokratische Jugend

Ziel des Förderprogramms „jugend aktiv!“ ist es, Jugendliche zu ermutigen, sich in ihrem Ort einzubringen und über das eigene Mitgestalten Akzeptanz und Würdigung zu erfahren. Oft können sie mit ihrem kleinen Projekt eine große Wirkung erzielen und im Ort etwas voranbringen, was allen zugute kommt.

📄 www.jugendstiftung-perspektiven.org/foerderprogramm_jugend_aktiv_



Förderprogramm Zeiteinsparungen der Stiftung Demokratische Jugend

Weltgeschichte, Landesgeschichte, die lokale Geschichte des Heimatortes - Geschichte kann äußerst spannend sein, erst recht, wenn sie sich vor der eigenen Haustür abspielt. Allerdings geraten viele Geschichten über die Vergangenheit in Vergessenheit, Zeitzeugen sterben, die Quellen verstauben. Gerade für die Jüngeren unter uns ist es deshalb wichtig, Geschichte immer wieder neu zu ergründen und sie lebendig zu halten.



📄 www.jugendstiftung-perspektiven.org/foerderprogramme/jugendprogramm_zeiteinsparungen

F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens, um hiermit dem Rechtsextremismus, dem Rassismus und der Gewalt von Jugendlichen entgegenzuwirken. Internationaler Jugendaustausch, insbesondere mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, politische Bildungsprojekte, Zeitzeugenprojekte, Kinder- und Jugendprojekte sowie Projekte, die Aspekte politischer Bildungsarbeit in den Bereichen Kunst, Musik, Theater, Film und Sport berücksichtigen, sowie christlich-jüdische Verständigungsprojekte.

📄 www.stiftung-toleranz.de



Stiftung Mitarbeit

Die Stiftung Mitarbeit vergibt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Starthilfeszuschüsse an neue Initiativen, Projekte und Gruppen, die im sozialen, pädagogischen, kulturellen oder politischen Bereich innovativ tätig sind und beispielhaft aufzeigen, wie einzelne das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Sie will auf diese Weise Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

📄 www.mitarbeit.de



Demokratisch Handeln

Der Wettbewerb Demokratisch Handeln wird seit 1989 für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Gesucht und unterstützt werden Projekte, Initiativen und Ideen, in denen das Lernen für Demokratie und Politik um Erfahrungsmöglichkeiten erweitert wird sowie Themen und Aufgaben des Gemeinwesens in den Mittelpunkt eines verstehenden und handelnden Lernens kommen.

📄 www.demokratisch-handeln.de



Jugend für Europa

Das EU-Aktionsprogramm „Jugend für Europa“ fördert u.a. europäische Jugendbegegnungen, lokale Jugendprojekte und Jugendprojekte mit europäischen Partnerorganisationen.

📄 www.webforum-jugend.de



INTERNET-ADRESSEN

Im Internet finden Sie eine Reihe von Informationsportalen zum Thema Rechtsextremismus. Nachstehend eine Auswahl:

bundesweit

www.bpb.de/rechtsextremismus

Redaktion: Amadeu Antonio Stiftung,
Bundeszentrale für
politische Bildung (bpb)
Betreiber: Bundeszentrale für
politische Bildung (bpb)

www.netz-gegen-nazis.com

Redaktion: Amadeu Antonio Stiftung
Initiator: Zeitverlag (u.a.)

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Redaktion: Amadeu Antonio Stiftung
Initiator: Aktion „Mut gegen rechte
Gewalt“ des ‚stern‘ (u.a.)

www.npd-blog.de

Redaktion: Journalisteninitiative

landesweit

www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de

Betreiber: Akademie für Politik,
Wirtschaft und Kultur in
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

www.endstation-rechts.de

Betreiber: JungsozialistInnen in der SPD,
Landesverband MV (Jusos)

LITERATUR

kirchliche Veröffentlichungen

Rechtsextremismus in der Gesellschaft.
Und die Kirche?
Zum gesellschaftlichen und kirchlichen
Umgang mit Rechtsextremismus.
epd-Dokumentation 35/2007

Hinsehen - Wahrnehmen - Ansprechen.
Handreichung für Gemeinden zum Um-
gang mit Rechtsextremismus, Antisemi-
tismus und Fremdenfeindlichkeit.
Ev. Kirche Berlin - Brandenburg -
schlesische Oberlausitz (EKBO), 2008

Nächstenliebe verlangt Klarheit: Evange-
lische Kirche gegen Rechtsextremismus
Kirchenamt der Föderation Ev. Kirchen in
Mitteldeutschland (EKM), 2008

Nächstenliebe verlangt Klarheit:
Kirche in Sachsen für Demokratie -
gegen Rechtsextremismus.
Handreichung für Gemeinden zum
Umgang mit Rechtsextremismus, Anti-
semitismus und Fremdenfeindlichkeit
Evangelisch-Lutherisches Landes-
kirchenamt Sachsens, 2008

Einmischen statt aufmischen. Material-
sammlung der Arbeitsgruppe Kirche und
Rechtsextremismus - Christen für
Toleranz, Zivilcourage und demokra-
tische Kultur.
Landesjugendpfarramt der Evangelisch-
Lutherischen Landeskirche Sachsens (Hg.)

FORTBILDUNG

Bundeszentrale für politische Bildung

Erlebniswelt Rechtsextremismus. Men-
schenverachtung mit Unterhaltungswert.
Hintergründe - Methoden - Praxis der
Prävention.
Stefan Glaser und
Thomas Pfeiffer (Hg.), 2007

Moderner Rechtsextremismus in
Deutschland.

Andreas Klärner und
Michael Kohlstruck (Hg.), 2006

Moderne Nazis - Die neuen Rechten und
der Aufstieg der NPD.
Toralf Staud, 2006

politische Parteien in MV

Alle demokratischen Parteien haben auf
Landes- bzw. Bundesebene Broschüren
und andere Materialien zur Förderung der
Demokratie und zur Auseinandersetzung
mit dem Rechtsextremismus erarbeitet.
Diese Veröffentlichungen sind über die
jeweiligen Homepages der Parteien zu
bestellen oder einzusehen wie z.B.

Bewegung in der Mitte - Rechtsextreme
Einstellungen in Deutschland 2008
Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Oliver Decker und Elmar Brähler, 2008
<http://library.fes.de/pdf-files/do/05864.pdf>

Die Auseinandersetzung mit dem Rechts-
extremismus wird uns noch einige Jahre,
wenn nicht sogar Jahrzehnte, beschäfti-
gen, und wir werden dafür einen langen
Atem benötigen. Wer sich dauerhaft gegen
Rechtsextremismus engagieren will, sollte
die Fortbildungen in Anspruch nehmen,
die von vielen Stellen kostenlos durchge-
führt werden. Die Regionalzentren für
demokratische Kultur vermitteln Ihnen
gerne geeignete Angebote, u.a. zu diesen
Themen:

- **Rechtsextremismus in Mecklenburg-
Vorpommern: Die Strukturen,
Strategien und Ziele der Rechts-
extremisten erkennen und sinnvolle
Reaktionsmöglichkeiten beraten.**
- **Rechtsextreme Jugendkultur -
Kleidung, Symbole, Musik: Die
Codierungen der rechtsextremen
Jugendkultur, Methoden der Anwerbung
und Instrumentalisierung von Kindern
und Jugendlichen für die rechtsextreme
Ideologie.**
- **Gegen rechtsextreme Phrasen
argumentieren?! Im Kollegium und im
Verwandtenkreis, in der Nachbarschaft
und im Verein sinnvoll auf rechts-
extreme Provokationen reagieren.**
- **Argumente für die Demokratie:
Ist die Demokratie tatsächlich die
beste Staatsform, die wir kennen?
Welche Argumente sprechen dafür?
Was sind die Konsequenzen anderer
Staats- und Gesellschaftsformen?**
- **Rechtsextremismus im Wahlkampf
und in der parlamentarischen Arbeit:
Reaktionsmöglichkeiten auf rechts-
extreme Strategien im Wahlkampf und
in der parlamentarischen Arbeit.**

AUTORENVERZEICHNIS / IMPRESSUM

Autoren

OKR Dr. Jürgen Danielowski

Theologe, Mitglied des Oberkirchenrates der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs

Heike Habeck

Mitarbeiterin im Regionalzentrum für demokratische Kultur in Bad Doberan

PD Dr. Michael Haspel

Theologe, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen

Dr. Gudrun Heinrich

Politologin, Leiterin der Arbeitsstelle Politische Bildung / Didaktik am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock

Klaus-Dieter Kaiser

Theologe, Leiter der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern

Sebastian Kriedel

Jurist und KR beim Oberkirchenrat der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs, Schwerin

Heiko Lietz

Theologe, Bürgerrechtler, Bürgerbüro Schwerin

Kathrin Oxen

Theologin, Pastorin der Ev.-reformierten Kirche, Bützow

Dr. Maria Pulkenat

Evangelische Erwachsenenbildung Güstrow

Wolfgang von Rechenberg

Referent für schulbezogene Arbeit im Amt für Kinder- und Jugendarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs

Christian Rudolph

Pastor, Ballwitz

Thomas Ruppenthal

Dipl.-Sozialpädagoge, Evangelische Jugend Schwerin

Elisabeth Siebert

Leiterin des Regionalzentrums für demokratische Kultur in Bad Doberan

Gottfried Timm

Theologe, Innenminister a.D. des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Impressum

Herausgeber: Oberkirchenrat der

Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche Mecklenburgs
Münzstraße 8-10
19055 Schwerin

V.i.S.d.P.: OKR Dr. Jürgen Danielowski

Fotos: Joern Dabbelju (S. 3)
Ralph Pache (S. 4, 9, 45)
Philipp Reitzle (S. 32)

Gestaltung: racken.de, Rostock/Berlin

Druck: LokayDruck, Reinheim

Stand: Mai 2009

Diese Handreichung wurde in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und der Arbeitsgemeinschaft ‚Tage ethischer Orientierung (TEO)‘ zusammengestellt.

Nachdruck sowie jede Form der elektronischen Nutzung, auch auszugsweise, bedürfen der Genehmigung der Autoren.

Das Heft wurde CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2 auf Papier aus kontrolliert nachhaltiger Forstwirtschaft (FSC Mix) gedruckt.